©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH GEYER

SOWJETRUSSLAND UND DIE DEUTSCHE ARBEITERBEWEGUNG 1918–1932

Vorbemerkung des Herausgebers

Im April 1975 fand in Leningrad ein dreitägiges Kolloquium deutscher und sowjetischer Historiker statt, dessen Hauptthema – jeweils in seinen verschiedenen Aspekten von der einen oder der anderen Seite behandelt – die deutsch-sowjetischen Beziehungen zur Zeit der Weimarer Republik waren. Während die Gastgeber bemüht waren, diese Beziehungen historisch im Zeichen von Rapallo und zeitgeschichtlich im Zeichen erwünschter Koexistenz eher zu entschärfen, mag der als Beispiel hier wiedergegebene, in Vortragsform gehaltene Aufsatz zeigen, auf welche Problematik in einem zentralen innerpolitischen Bereich eine umfassende Erörterung und tiefergreifende Analyse etwa des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der deutschen Arbeiterbewegung führt – bis hin zur Verhinderung einer antifaschistischen Einheitsfront.

Wir begrüßen es, daß wir den 24. Jahrgang der Zeitschrift, der der Feier zum 25jährigen Bestehen des Instituts für Zeitgeschichte in nahem Abstand folgt, mit einem so gewichtigen Beitrag eröffnen können.

H. R.

Die Tatbestände und Probleme, die das Thema „Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung" umschreibt, sind aus der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Weimarer Zeit nicht fortzudenken. Was damit zur Sprache kommt, hat in diesen fünfzehn Jahren nicht allein das Verhältnis der Regierungen beeinflußt, sondern darüber hinaus weite Teile der Bevölkerung beider Länder tief berührt. Bis in die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung hinein galt dem Sowjetstaat angespannte Aufmerksamkeit. Millionen deutscher Arbeiter sahen in dieser revolutionären Schöpfung ein verheißungsvolles Gegenmodell zur kapitalistischen Klassengesellschaft und zur bürgerlichen Republik, einen Beweis dafür, daß der Sozialismus keine bloß theoretische Frage, sondern das realisierbare Ziel des proletarischen Klassenkampfes sei. Auch in Sowjetrußland war das Interesse an der deutschen Arbeiterklasse groß. Ihr wurde, ungeachtet der bekannten organisatorischen Spaltungen, eine historische Bedeutung zuerkannt, die

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über das deutsch-sowjetische Verhältnis weit hinausgriff. Vor allem von den Kämpfen der deutschen Arbeiter schien es abzuhängen, ob es gelingen werde, das Sowjetland aus der kapitalistischen „Einkreisung" herauszuführen und der proletarischen Revolution in Mitteleuropa zum Durchbruch zu verhelfen.

Das hier zu erörternde Beziehungsfeld war also nicht lediglich ein Appendix des diplomatischen und wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Sowjetrußland und Deutschland. Die Haltung der deutschen Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen gegenüber dem bolschewistischen Rußland wurde von den Etappen und Wendepunkten der deutschen Rußlandpolitik und der sowjetischen Außenpolitik zwar berührt, aber nicht geprägt. Ungleich stärker als der Stand der Vertrags- und Handelsbeziehungen zwischen Moskau und Berlin wirkten auf die deutsche Arbeiterbewegung jene großen Fragen ein, die sich mit der Existenz eines Staates stellten, dessen Sprecher den Anspruch erhoben, den Sozialismus in Rußland zu verwirklichen und den Proletariern aller Länder das Bild der eigenen Zukunft zu zeigen. Was mit der Oktoberrevolution geschehen war und was seither in Rußland vor sich ging: Bürgerkrieg und Kriegskommunismus, Gründung und Praxis der Kommunistischen Internationale mit den russischen Bolschewiki als führende Kraft, Neue Ökonomische Politik und „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" durch Kollektivierung und Fünfjahresplan, – alle diese aufsehenerregenden Entwicklungen wurden in der deutschen Arbeiterbewegung in dem Bewußtsein erlebt, daß es hier nicht allein um russische Angelegenheiten gehe, sondern daß in Rußland zugleich die eigene Sache verhandelt werde. Der Parteinahme für oder gegen die Bolschewiki war nicht auszuweichen. Bekanntlich haben sich die kontroversen Orientierungen, die der russische Bolschewismus in Deutschland hervorrief, in dem unversöhnlichen Gegensatz zwischen KPD und SPD am eindruckvollsten dargestellt.

Auch das sowjetische Interesse am deutschen Proletariat war nicht primär auf die Frage gerichtet, welche Resonanz die Deutschlandpolitik des Rats der Volkskommissare in der deutschen Arbeiterklasse finde. Die Aufmerksamkeit galt den sozialen Kämpfen in der Weimarer Republik, den revolutionären Situationen, den ökonomischen Krisen- und Konjunkturbewegungen, den Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Flügeln der Arbeiterbewegung, den Erfolgen und Mißerfolgen der kommunistischen deutschen Bruderpartei: Novemberrevolution, Märzaktion und Einheitsfront, Arbeiterregierung und „deutscher Oktober", Gewerkschaftspolitik und „Sozialfaschismus" – um solche Themen kreiste die Diskussion, wenn in Sowjetrußland von der deutschen Arbeiterklasse die Rede war.

Es versteht sich, daß der weitgespannte Problembereich, der mit diesen Stichworten angedeutet ist, hier nicht ausgeschöpft, ja nicht einmal hinlänglich umrissen werden kann. Die folgenden Erörterungen werden sich deshalb auf den Versuch konzentrieren, einige Problemstellungen zu beschreiben, die sich für ein wissenschaftliches Colloquium zwischen Historikern der Bundesrepublik und der Sowjetunion besonders eignen mögen.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Die deutsche Revolution als Problem der bolschewistischen Revolutionsstrategie

Die russischen Revolutionen von 1917, zumal die Oktoberrevolution, haben die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zweifellos nachhaltig geprägt. Dies mag erklären, weshalb die damit verbundenen Sachverhalte und Probleme in der Geschichtswissenschaft der DDR und der Bundesrepublik große Aufmerksamkeit gefunden und die Anstrengungen vieler Historiker auf sich gezogen haben. Die Bibliographie der in den letzten zwanzig Jahren erschienenen Dokumentationen, Monographien und Abhandlungen dürfte mehrere hundert Titel umfassen; auch sowjetische Arbeiten sind dabei[1]. Die beträchtlichen Kontroversen, die über dieses Thema in der Forschung bestehen, beruhen keineswegs allein auf den fundamentalen Gegensätzen zwischen marxistisch-leninistischen und nichtkommunistischen Historikern. Daß die Methoden und Urteile auch unter den westdeutschen Spezialisten keineswegs einheitlich sind, lehrt schon ein flüchtiger Blick auf die Diskussionen, die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren über die deutsche Rätebewegung von 1918/1919 geführt worden sind[2].

Obwohl es durchaus lohnend sein könnte, an diese Kontroversen anzuknüpfen, möchte ich hier einen anderen Zugang wählen. Ich gehe nicht von den Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Deutschland aus, sondern von der Bedeutung der deutschen Novemberrevolution für die junge russische Sowjetrepublik. Gewiß ist diese Fragestellung von der neueren Forschung nicht übersehen worden[3]. Aber schwerlich läßt sich sagen, daß sie ein auch nur annähernd so starkes Interesse erregt hätte wie jene Themen, die sich auf die Konsequenzen der russischen Revolution für Deutschland beziehen.

Die Frage nach der Bedeutung der deutschen Revolution für Rußland zwingt dazu, auf die historischen Bedingungen einzugehen, unter denen der Sowjetstaat entstand. Wer die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Aufstands im

---

[1] Zu den Arbeiten in der DDR vgl. die Nachweise in den Sonderheften der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft: Historische Forschungen in der DDR, 1960, S. 525 ff., 520 ff., 1970, S. 508 ff., 660 ff. Über entsprechende Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland orientiert der von H. Neubauer hrsg. Sammelband: Deutschland und die russische Revolution, Stuttgart 1968. Von sowjetischen Arbeiten erschien in deutscher Übersetzung: J. S. Drabkin, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, Berlin (Ost) 1968 (vgl. die Rezension von Reinhard Rürup in: Historische Zeitschrift 212 [1971], S. 453 ff.).

[2] Wichtige Beiträge: Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918/19, Düsseldorf 1962; Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963; dazu die Quellenwerke: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918–1919, bearb. von Susanne Miller und Heinrich Potthoff, eingeleitet von Erich Matthias, Bd. 1–2, Düsseldorf 1969; Der Zentralrat der deutschen Sozialistischen Republik, 19. 12. 1918 bis 9. 4. 1919, Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, hrsg. und eingeleitet von Eberhard Kolb und Reinhard Rürup, Leiden 1968; Ulrich Kluge, Soldatenräte und Revolution, Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975.

[3] Abraham Ascher, Russian Marxism and the German Revolution, 1917–1920, in: Archiv für Sozialgeschichte 6/7 (1966/67), S. 391 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oktober 1917 untersucht, wird die Beobachtung machen, daß der Sturz der Provisorischen Regierung von den führenden Bolschewiki keineswegs als ein Vorgang aufgefaßt worden ist, der Rußland allein beträfe. Der Politik der Machteroberung und Machtbehauptung lag die Überzeugung zugrunde, daß die Welt im ganzen in die Ära der sozialistischen Revolution eingetreten sei. Die internationale Revolution, die Lenin aus dem imperialistischen Krieg hervorbrechen sah, legitimierte die revolutionäre Praxis der Bolschewiki: „Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution letzten Endes – und nicht gleich zu Anbeginn – ausbrechen wird, ... denn die internationale sozialistische Revolution marschiert; denn sie reift und wird völlig ausreifen ...“[4]. Die Erwartung der Weltrevolution begründete die historische Vernunft der Oktoberrevolution. Unter Verweis auf die einzigartige Lage, in der sich Rußland seit dem Zusammenbruch des Zarismus befand, sprach Lenin der bolschewistischen Partei die geschichtliche Aufgabe zu, sich durch Errichtung eines Rätestaates an die Spitze der internationalen Revolution zu setzen. Der Anspruch der Bolschewiki, Avantgarde des Weltproletariats zu sein, ergab sich daraus.

Es ist unbestritten, daß dem revolutionären Aufstand des deutschen Proletariats in der weltrevolutionären Strategie der Bolschewiki eine zentrale Rolle zugesprochen wurde. Obwohl Lenin nach dem Diktatfrieden von Brest-Litovsk vor der Illusion warnte, daß diese Revolution so rasch kommen werde, „wie wir erwartet haben“, versicherte er doch immer wieder, daß die Sowjetmacht verloren sei, falls ihr der deutsche Arbeiter keine Hilfe brächte: „... wir werden auf jeden Fall trotz aller denkbaren Peripetien zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt ...“[5]. Die These, wonach die proletarische Revolution in Deutschland eine Existenzbedingung der Rätemacht in Rußland sei, erklärt sich freilich nicht allein aus der militärischen Bedrohung der jungen Sowjetrepublik. Nicht weniger wichtig waren die grundsätzlichen Folgerungen, die sich aus der bolschewistischen Revolutionstheorie für diese Einschätzung ergaben.

In seinen Studien über die ökonomischen und die organisatorischen Voraussetzungen der Diktatur des Proletariats hatte Lenin das Modell des „monopolistischen Staatskapitalismus“ beschrieben, ein sozioökonomisches Theorem, das er in der deutschen Kriegswirtschaft am reinsten schon verwirklicht sah. Vor allem in Deutschland schienen ihm jene Formen der direkten Erfassung und Lenkung, der Rationierung, Rechnungslegung und Kontrolle bereits präformiert zu sein, die in der Übergangsphase zur sozialistischen Gesellschaft, unter der proletarischen Diktatur, von den Revolutionären übernommen werden könnten. Im staatskapitalistischen System der deutschen Kriegswirtschaft lag für Lenin der proletarische

---

[4] Lenin, Rede über Krieg und Frieden (7. 3. 1918), in: Lenin, Werke Bd. 27, Berlin (Ost) 1958, S. 81.

[5] Lenin, ebenda, S. 85.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirtschaftsstaat der Transformationsperiode schon fix und fertig vor: organisiert als ein einziges Büro, eine einzige große Fabrik, in der, nach Zerstörung der alten Staatsmaschine, die bisher tätigen Spezialisten, Techniker und Buchhalter ihre Arbeit fortzusetzen hätten – unter der Kontrolle des bewaffneten Proletariats. Insbesondere aber kam es Lenin darauf an, dieses hochentwickelte Instrumentarium, die reifste Frucht des Kapitalismus, für das rückständige Rußland verfügbar zu machen: „Die Geschichte ... nahm einen so eigenartigen Verlauf, daß sie im Jahre 1918 zwei getrennte Hälften des Sozialismus gebar, eine neben der anderen, wie zwei künftige Kücken unter der einen Schale des internationalen Imperialismus. Deutschland und Rußland verkörpern 1918 am anschaulichsten die materielle Verwirklichung einerseits der ökonomischen, produktionstechnischen, sozialwirtschaftlichen Bedingungen, und andererseits der politischen Bedingungen für den Sozialismus. Die siegreiche proletarische Revolution in Deutschland würde mit einem Male, mit größter Leichtigkeit jede Schale des Imperialismus zerbrechen, ... den Sieg des Weltsozialismus ohne Schwierigkeiten, oder mit geringfügigen Schwierigkeiten, bestimmt verwirklichen ... Solange in Deutschland die Revolution mit ihrer ‚Geburt' noch säumt, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ... vom deutschen Imperialismus ‚zu lernen'."[6]

Diese Äußerungen belegen dreierlei: Sie zeigen erstens, daß Lenin den „Sieg des Weltsozialismus" für verbürgt hielt, wenn die proletarische Revolution in Deutschland erfolgreich wäre und eine Vereinigung zwischen russischer Rätemacht mit deutschem Staatskapitalismus zustande käme. Sie zeigen zweitens, daß Lenin „die materielle Verwirklichung" der sozialökonomischen Bedingungen für den Sozialismus in Rußland damals davon abhängig sah, daß das vom deutschen Imperialismus entwickelte staatskapitalistische System auch auf Sowjetrußland übertragen werde. In den Auseinandersetzungen, die im Frühjahr 1918 um die neue Industrie- und Arbeitsorganisation geführt wurden, verfocht Lenin gegen die „Linken Kommunisten" dieses Konzept[7]. Die zitierten Äußerungen zeigen drittens, daß der von Lenin bis zu seinem Tod immer wieder benutzte Begriff der „Rückständigkeit" Rußlands vor allem aus dem Vergleich mit Wirtschafts- und Produktionsbedingungen erwuchs, wie sie in Deutschland herrschten und in Rußland unterentwikkelt geblieben waren. Die besondere Bedeutung der deutschen Revolution wurde also darin gesehen, daß sie dazu verhelfen werde, neben der militärischen Bedrohung auch die sozialökonomische Rückständigkeit Rußlands zu überwinden. In diesem Sinn gehörte nach Lenins Auffassung die deutsche Revolution zu den Existenz- und Entwicklungsbedingungen des Sozialismus in Rußland.

---

[6] Lenin, Über „linke" Kinderei und Kleinbürgerlichkeit, in: Werke Bd. 27, S. 332 f.

[7] Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht (April 1918), in: Werke Bd. 27, S. 225 ff.; N. Osinskij, O stroitel'stve socializma, in: Kommunist, Organ Moskovskogo Oblastnogo Bjuro RKP (b) Nr. 1 (20. 4. 1918), S. 12–16, Nr. 2 (27. 4. 1918), S. 5–11, deutsche Übersetzung in: Arbeiterdemokratie und Parteidiktatur, Hrsg. von Frits Kool und Erwin Oberländer, Olten und Freiburg 1967, S. 92 ff.; dazu die Spezialstudie von Richard Lorenz, Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik, Köln 1965.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das schließliche Ausbleiben der deutschen wie der internationalen Revolution erklärt denn auch, weshalb Lenin in seinen letzten Lebensjahren ungemein zurückhaltend war, wenn er die sozialökonomische Qualität der bolschewistischen Revolution im agrarischen Rußland charakterisierte: „Vom theoretischen Standpunkt aus" hielt er es im Juli 1921 für erwiesen, „daß unsere Revolution bis zu einem gewissen Grade eine bürgerliche Revolution war. Als Kautsky dieses Argument gegen uns vorbrachte, lachten wir ... Wir waren jedoch die einzige Partei, die es vermochte, die bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und den Kampf um die sozialistische Revolution zu erleichtern."[8] Die „einzig mögliche ökonomische Grundlage des Sozialismus", die maschinelle Großindustrie, war in Rußland erst noch zu entwickeln. Die Bedeutung des Elektrifizierungsplans ergab sich daraus.

Die Frage stellt sich, welche konkreten Analysen der bolschewistischen Erwartung, daß die proletarische Revolution in Deutschland nahe sei, zugrunde gelegen haben mochten. Sicher ist, daß diese Erwartung sich nicht allein auf das ökonomische System des deutschen Staatskapitalismus gründete, nicht allein auf die theoretische Beschreibung des „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus". Kaum weniger belangvoll war die Beurteilung der revolutionären Potenz der deutschen Arbeiterklasse. Die Erfahrungen, die die Bolschewiki mit der revolutionären Aktionsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse bisher hatten machen können, hätten eigentlich eine skeptische Einschätzung nahe legen müssen. Trotz des Januarstreiks 1918, trotz der sich häufenden Zeichen der Kriegsmüdigkeit, auch des Aufbegehrens, waren die revolutionären Gruppen der deutschen Linken, auf die man in Moskau setzte, organisatorisch zersplittert und isoliert geblieben.

Noch im Sommer 1918 klangen die Stimmen aus dem Kreis des Spartakus kleinlaut, pessimistisch und beschämt. Was sie bedrückte, war die mangelnde Bewegungsfähigkeit der Massen und die geradezu lederne Zählebigkeit der altbewährten, von der Mehrheitssozialdemokratie noch immer beherrschten Organisationsbasis. So klagte Franz Mehring den Russen im Juni 1918, daß „der alte Regierungssozialismus noch immer wie ein Ölfleck" umsichfresse, daß auch die unabhängigen Sozialdemokraten unter dem „heiligen Propheten" Kautsky ihrer Selbstgefälligkeit und ihren Selbsttäuschungen verhaftet geblieben seien, daß sich die revolutionären Internationalisten in schwacher, kaum handlungsfähiger Vereinzelung befänden[9]. Rosa Luxemburgs Äußerungen verwiesen auf den gleichen, deprimierenden Sachverhalt. Ihr schien das deutsche Proletariat in sklavischem Kadavergehorsam befangen, in Blindheit und Bewußtlosigkeit, fast verloren schon für den Appell, seine historische Bestimmung zu erfüllen und seine Ehre dadurch zu retten, daß es durch die revolutionäre Erhebung den bedrängten russischen Genossen zu Hilfe käme[10].

In dem Haß gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten, den „Scheidemännern",

---

[8] Lenin, Referat vor dem III. Kongreß der Komintern (5. 7. 1921), in: Werke Bd. 32, S. 512.

[9] Franz Mehring, Offener Brief an die Bolschewiki, 3. 6. 1918, veröff. in: Arbeiterpolitik, Wochenschrift für wiss. Sozialismus (Bremen) 3. Jg., Nr. 29, 20. 7. 1918.

[10] [Rosa Luxemburg], Die russische Tragödie, in: Spartacus Nr. 11, September 1918, wieder-

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den „Verrätern und Lakaien der Bourgeoisie", stimmten die Bolschewiki mit den Spartakisten vollkommen überein. Aber auch die Führung der „Unabhängigen Sozialdemokraten" (USPD), die man vor allem in der Person des als „Opportunisten" verfemten Kautsky repräsentiert sah, betrachtete man mit Verachtung. Was den Bolschewiki also blieb, war die höchst unsichere Hoffnung, daß es Liebknecht und seinen Anhängern schließlich dennoch gelingen könnte, die Massen von den alten sozialdemokratischen Autoritäten abzuziehen und sie für den Kampf um eine deutsche Räterepublik zu sammeln. Tatsächlich wußte Lenin sehr gut, daß sich die revolutionäre Theorie nur durch revolutionäre Praxis verifizieren lassen werde.

Als sich im Oktober 1918 der Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie abzeichnete, schwankten die Bolschewiki zwischen Enthusiasmus und Furcht vor neuer Bedrohung. Sie gaben sich Rechenschaft davon, daß ein militärisch geschlagenes Deutschland – ein Deutschland *ohne* Revolution in den Händen der Entente, mit den „Scheidemännern" als alliierten Agenten – für Sowjetrußland katastrophale Folgen haben könne. Lenins Antwort fiel denn auch entsprechend nüchtern aus: Sie enthielt den Appell, die Stärke der Roten Armee zu verzehnfachen und sich darauf zu rüsten, daß der deutsche Imperialismus, um sich zu retten, in letzter Stunde sich mit den Siegern des Krieges gegen die Sowjetrepublik verbünden könnte. Die Gefahr einer Erdrosselung der Sowjetmacht, im konzentrischen Angriff von allen Seiten, wurde ernst genommen[11]. Demgegenüber klangen die Versicherungen, daß die Revolution allenthalben umsichgreife, daß sie die Herrschenden treffen werde „schrecklicher noch als die spanische Grippe", daß der Bolschewismus zur weltumspannenden Theorie und Taktik des internationalen Proletariats geworden sei – solche Versicherungen klangen angesichts der ernsten Lage Sowjetrußlands wie eine Beschwörung der eigenen Ängste.

Es ist hier nicht der Ort, dem Verlauf der Novemberrevolution nachzugehen oder die bekannten Bemühungen der Bolschewiki zu verfolgen, auf die Ereignisse in Deutschland durch Hilfsangebote, Solidaritätsbekundungen und revolutionäre Appelle einzuwirken. Nach den enttäuschenden Erfahrungen mit dem Berliner Rat der Volksbeauftragten konzentrierten sich die bolschewistischen Anstrengungen auf die Herstellung einer gemeinsamen revolutionären Front mit der jungen KPD. Die Gründung der Kommunistischen Internationale (Komintern) im März 1919 stand damit in engem Zusammenhang.

Fragt man nach den Kriterien, mit denen man in Moskau die deutschen Ereignisse seit dem Oktober 1918 zu analysieren suchte, so fällt ein merkwürdiges Analogiedenken auf. Wie die Untersuchung der Kommentare, z. B. in der „Pravda", zeigen kann, wurden der bolschewistischen Einschätzung Begriffe zugrunde gelegt, die aus der russischen Revolutionsentwicklung gewonnen waren[12]. So wurden

abgedruckt in: Spartakusbriefe, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus (IML) beim ZK der SED, 1958, S. 453 ff.

[11] Dazu Lenins Reden vom 22. 10. 1918 und 8. 11. 1918, in: Werke Bd. 28, S. 104 ff., 145 ff.

[12] Vgl. Klaus Meyer, Sowjetrußland und die Anfänge der Weimarer Republik, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 20 (1973), S. 78 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die anfänglichen Spannungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem zentralen Vollzugsrat als Ausdruck einer „deutschen Doppelherrschaft" beschrieben, die Absichten der militärischen Führung als Anzeichen für eine „deutsche Kornilovščina", auf die ein „deutscher Oktober" unvermeidlich folgen werde. Karl Liebknecht wurde als „der deutsche Lenin" bezeichnet, Ebert als deutscher Kerenskij, und Noske galt später als der deutsche Kolčak. „Die Geschichte wiederholt sich. In der deutschen Arbeiterrevolution erkennen wir die Züge der russischen Revolution."[13] Dementsprechend wurde seit dem Winter 1918/1919 darauf vertraut, daß „die zweite Etappe" der deutschen Revolution, der Sieg des Proletariats, nicht lange auf sich warten lassen werde. Auch Lenin hat sich an der üblich gewordenen Parallelisierung der Verlaufsschemen beteiligt[14].

Es ist leicht zu sehen, daß diese suggestiven Formen einer revolutionsgeschichtlichen Komparatistik auf Theoremen beruhten, die in der modernen marxistisch-leninistischen Wissenschaft als die „allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution" bezeichnet werden[15]. Auch Lenin, der die „ungeheueren Unterschiede zwischen dem rückständigen Rußland und den fortgeschrittenen westeuropäischen Ländern" nicht übersah, unterstellte gleichwohl, „daß das russische Vorbild *allen* Ländern etwas, und zwar etwas überaus Wesentliches aus ihrer unausweichlichen und nicht fernen Zukunft" zeige. Die besonderen Bedingungen der Revolution in den einzelnen Ländern setzten für Lenin diese übernationalen Gesetzmäßigkeiten nicht außer Kraft. Dem entsprach auch seine Vermutung, daß nach dem Sieg der Revolution in einem der fortgeschrittenen Länder „Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im ‚sowjetischen' und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein" werde[16]. Beim Studium der zeitgenössischen Quellen überwiegt jedoch der Eindruck, daß der Ernst der Lage den Bolschewiki wenig Muße zu einer nüchternen Analyse deutscher „Besonderheiten" ließ. Die Fehleinschätzung der Revolutionsperspektiven in Deutschland – bis hin zum „deutschen Oktober" von 1923 – beruhte offensichtlich auf einer eher impressionistischen und emotionalen Lagebeurteilung als auf wissenschaftlich qualifizierbaren Hypothesen.

Die Deutschlandspezialisten der Moskauer Führung waren glänzende Journalisten und Propagandisten, aber Karl Radeks oder auch Zinov'evs scharfsinnige Kompetenz konnten eine wissenschaftliche Untersuchung der sozialökonomischen und politischen „Besonderheiten" Deutschlands nicht ersetzen[17]. Und die revolutionäre

---

[13] Pered nemeckim oktjabrem, in: Pravda, 4. 12. 1918, S. 1, zit. nach K. Meyer, a. a. O., S. 91.

[14] J. S. Drabkin (Anm. 1), S. 553 ff.

[15] Vgl. etwa Horst Bartel, Heinz Heitzer, Die Anwendung grundlegender Erfahrungen der Sowjetunion in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 22 (1974), S. 917 ff.; P. N. Fedossejew, Die internationale Bedeutung der Oktoberrevolution, in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Beiträge 1967, Heft 10.

[16] Lenin, Der „linke Radikalismus" und die Kinderkrankheiten im Kommunismus (April/Mai 1920), in: Werke Bd. 31, S. 5 f.

[17] Zur Rolle Karl Radeks in der deutschen Politik: Lyman H. Legters, Karl Radek als Sprach-

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ungeduld war groß. In seiner Eröffnungsrede auf dem I. Kongreß der Komintern (2. März 1919) meinte Lenin sagen zu können: „Das Sowjetsystem hat nicht nur im zurückgebliebenen Rußland, sondern auch in dem entwickeltsten Lande Europas, in Deutschland, und in dem ältesten Lande des Kapitalismus, in England, gesiegt. Mag die Bourgeoisie noch wüten, mag sie noch Tausende von Arbeitern niedermetzeln, der Sieg ist unser, der Sieg der kommunistischen Weltrevolution ist gesichert."[18]

Unter Historikern dürfte Einvernehmen darüber bestehen, daß das Scheitern der proletarischen Revolution in Deutschland nicht mit einfachen Formeln erklärt werden kann. Auch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft ist heute darum bemüht, zu differenzierteren Analysen zu kommen. Die abwertende Beurteilung der deutschen Linken, die nach Stalins Brief von 1931 an die Zeitschrift „Proletarskaja revoljucija" über viele Jahre hin üblich war[19], wurde aufgegeben. Freilich wird den sozialdemokratischen Führern, die – in der Konsequenz ihres Verhaltens vom August 1914 – die Massen „verraten" hätten, nach wie vor die Hauptverantwortung dafür zugewiesen, daß die deutsche Novemberrevolution zwar „in gewissem Umfang mit proletarischen Mitteln und Methoden durchgeführt wurde", dessen ungeachtet aber auf dem Niveau einer „bürgerlich-demokratischen Revolution" stehengeblieben sei[20]. Ich möchte mich hier darauf beschränken, aus einem Vergleich zwischen dem russischen Oktober und dem deutschen November einige zusätzliche Gesichtspunkte in die Debatte einzuführen:

1. Die Bolschewiki hatten als Friedenspartei gesiegt; keine andere Kraft war da, die Rußland Frieden zu bringen versprach und die es gewagt hätte, um dieses Friedens willen zu den deutschen Imperialisten zu gehen. In Deutschland dagegen hatte noch die kaiserliche Regierung die ersten Schritte zum Frieden getan. Um den Massentod an der Front zu beenden, wurde eine proletarische Revolution nicht mehr gebraucht. Anders als in Rußland wirkte nach dem Sturz der Monarchie die Friedenssehnsucht der Bevölkerung nicht zugunsten der Kommunisten sondern gegen sie.
2. Die Bolschewiki hatten die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft und beträchtliche Teile der Soldatenmassen hinter sich, als sie die Macht ergriffen. Sie beherrschten die wichtigsten Räteorgane, während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre schon abgewirtschaftet hatten. In Deutschland dagegen befand sich der Spartakusbund in absoluter Minderheit gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und den Unabhängigen (USPD). Die Entwicklung der jun-

---

rohr des Bolschewismus, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 7 (1959), S. 196 ff.; Marie-Luise Goldbach, Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Bonn 1973; ferner W. Lerner, Karl Radek, The Last Internationalist, Stanford, Calif. 1970.

18 Lenin, in: Werke Bd. 28, S. 470.

19 Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus, Brief an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja revoljucija", in: Stalin, Werke, Bd. 13, S. 76 ff.

20 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3: Von 1917 bis 1923, IML beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 197.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen KPD zur kommunistischen Massenpartei begann nicht mit dem Aufschwung der Rätebewegung, sondern sie begann, nachdem sich die deutschen Räte von der Geschichte bereits verabschiedet hatten.

3. Die bolschewistische Machtübernahme in Petrograd war das Ergebnis einer generalstabsmäßig geplanten Aktion im Namen legaler Räteorgane. Der Spartakusaufstand im Januar 1919 war dagegen eine Erhebung, bei der es nicht ernstlich um Machtübernahme gehen konnte. Die kommunistische Parteileitung vermochte den Aufruhr nicht zu steuern. Anders als die Oktoberrevolution richtete sich dieser Aufstand gegen eine organisierte Majorität, die ihrer politischen Linie ebenso sicher war wie der Unterstützung durch die militärische Führung. Nicht der Spartakusbund, sondern die Sozialdemokraten versprachen, wonach die übergroße Mehrheit der Bevölkerung verlangte: Ruhe und Ordnung, Aufrechterhaltung der Versorgung, Vermeidung einer alliierten Intervention, rasche Stabilisierung, um das Diktat der Siegermächte zu überstehen.

4. In Rußland gab es im Oktober 1917 keine Institutionen, die stark genug gewesen wären, das Experiment der parlamentarischen Demokratie gegen die Macht der bolschewistischen Räte durchzusetzen. Die Bolschewiki konnten die verfassungsgebende Versammlung wählen lassen, ohne sie als Machtfaktor fürchten zu müssen. In Deutschland dagegen hatte noch das alte Regime mit Billigung der Sozialdemokraten die Parlamentarisierung eingeleitet; nicht der Parlamentarismus war hier ein provisorisches und transitorisches Phänomen, sondern die Rätebewegung.

5. Anders als in Rußland, wo die Räte nicht nur die revolutionäre Spontaneität der Massen organisierten, sondern zugleich eine Grundlage für die dauerhafte Erfassung und Lenkung der Massen boten, hatte sich die deutsche Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in die überkommenen Organisationen der Arbeiterbewegung und des bürgerlichen Staates eingelebt. Der Krieg hatte die traditionelle Solidarität zur Sozialdemokratie zwar gelockert und revolutionierte proletarische Schichten bei der USPD Anlehnung suchen lassen. Aber die alten Organisationsstrukturen waren doch widerstandsfähig genug, um die Krisenzeit zu überstehen. Was für die Bolschewiki das Faszinierende an der deutschen Arbeiterbewegung gewesen war, ihre Disziplin in der Partei und in den Gewerkschaften wie im Produktionsprozeß der kapitalistischen Fabrik, wirkte nun *gegen* die proletarische Revolution.

6. Der soziale Kern der russischen Revolution war die agrarische Umwälzung. In Deutschland dagegen gab es keinen vergleichbar einschneidenden Umbruch der sozialen Verfassung, der sich von den Kommunisten als Faktor des Machtgewinns und der Machtbehauptung hätte ausnutzen lassen. Selbst in der kurzlebigen bayerischen Räterepublik haben Bauernräte eine höchst periphere Rolle gespielt. Die Geschichte der KPD in den zwanziger Jahren kann belegen, wie schwer es war, einem revolutionären Agrarprogramm in Deutschland zur Resonanz zu verhelfen.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Skizze macht auf einige strukturelle Tatbestände aufmerksam, durch die sich die revolutionären Voraussetzungen in Rußland und Deutschland unterschieden haben[21]. Dabei mag deutlich werden, daß die These von der allgemeinen Gesetzmäßigkeit der revolutionären Entwicklung wenig tauglich war, um spezifisch deutsche Bedingungen aus den Erfahrungen der russischen Revolution abzuleiten. Jedenfalls ist die Unterschätzung dieser Sonderbedingungen mitverantwortlich dafür zu machen, daß es seit 1919 auch in der Kommunistischen Internationale zu einer langen Reihe falscher Prognosen und unbegründeter Hoffnungen in Bezug auf die proletarische Revolution in Deutschland kam. Vor allem die Vorbereitung und Durchführung des „deutschen Oktober" von 1923, aber auch die anschließende Kritik dieses Revolutionsversuchs, bieten dafür eindrucksvolle Beispiele an[22]. Abermals wurden die Ursachen für den Fehlschlag nicht so sehr in den sozioökonomischen und soziokulturellen Gegebenheiten der deutschen Politik gesucht, auch nicht in den von der Moskauer Kominternexekutive durchgesetzten Richtlinien der „Einheitsfront", sondern im Versagen einzelner kommunistischer Parteiführer wie Brandler und Radek und im Opportunismus der „linken" Sozialdemokraten in der thüringischen und sächsischen Landesregierung.

Indessen hatten führende Vertreter der russischen Kommunistischen Partei großen Anteil daran, daß die deutsche Parteileitung dazu kam, die deutsche Wirklichkeit durch das Prisma der russischen Revolutionsgeschichte zu sehen. Sie folgte dem Beschluß der Komintern, in einem Krisenjahr der Weimarer Republik die „proletarische Revolution" in Deutschland zu probieren. Trockij hatte sogar vorgeschlagen, den Beginn der deutschen Revolution auf den 6. Jahrestag des russischen Oktober festzusetzen. Als es darum ging, die „Lehren des deutschen Oktober" zu ziehen, waren tieferdringende Analysen, wie etwa die von Eugen Varga, von geringerem Gewicht als die Rechtfertigungsversuche der beteiligten Genossen. Noch die neuere sowjetische Forschung gibt als marxistisch-leninistische Erklärung

---

[21] Weiterführende Gesichtspunkte bei Gerhard Schulz, Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des industriellen Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung, Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland. Düsseldorf 1974, S. 355 ff.; ferner: Heinrich Muth, die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in dieser Zeitschrift 21 (1973), S. 1–38.

[22] Die Diskussionen über den „deutschen Oktober" in: Die Lehren der deutschen Ereignisse, Das Präsidium des EKKI, (Januar 1924), Hamburg 1924; Trinadcatyj s-ezd RKP (b), Mai 1924 goda, Stenografičeskij otčet, Moskau 1963; sowie: Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau 17. 6. bis 8. 7. 1924, Protokoll, Verlag Carl Hoym, Nachf. o. J., Nachdruck: Feltrinelli reprint 1967. Neuere Forschungsbeiträge: Werner T. Angress, Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Aus dem Amerikan. Düsseldorf 1973, S. 315 ff.; Wolfgang Eichwede, Revolution und internationale Politik, Zur kommunistischen Interpretation der kapitalistischen Welt 1921–1925, Köln, Wien 1971, S. 56 ff.; ferner Dieter Möller, Stalin und der „deutsche Oktober" 1923, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 13 (1965), S. 212 ff.; William Korey, Zinoviev on the German Revolution of October 1923, A Case Study of a Bolshevik Attitude to Revolutions Abroad, in: Essays in Russian and Soviet History, Ed. by John S. Curtiss, Leiden 1963, S. 253 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus, was 1924 die Mehrheit des XIII. Parteitags der Russischen Kommunistischen Partei (RKP [b]) und des V. Kominternkongresses zu sagen für opportun befand[23]. So ist es nicht verwunderlich, daß hier die kritische Frage nicht aufkommt, ob die Prämissen der kommunistischen Deutschlandanalysen tragfähig waren. Mir scheint, sie waren es nicht.

2. *Sowjetrußland und die Voraussetzungen kommunistischer Politik in Deutschland*

Nach dem Scheitern der revolutionären Kämpfe um eine deutsche Räterepublik blieb die Spaltung der Arbeiterbewegung ein Kontinuum der deutschen Nachkriegsgeschichte. Das Interesse der Bolschewiki, die Ende 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) konsolidiert und zu einer Massenpartei aufsteigen zu sehen, erklärt sich daraus. Dabei konnte indessen nicht ignoriert werden, daß sich die deutsche Sozialdemokratie rasch regenerierte und als tragende politische Kraft der Weimarer Republik die Mehrheit der Arbeiter schaft an sich band. Wer, wie die Kommunisten, die Mehrheit des deutschen Proletariats für sich gewinnen wollte, kam an der Sozialdemokratie nicht vorbei. Die Beziehungen zwischen der RKP (b) und der jungen KPD im Rahmen der Komintern dürfen also nicht isoliert betrachtet oder auf ein bilaterales Verhältnis reduziert werden. Vielmehr kommt es darauf an, diese Beziehungen zugleich als Ausdruck jener Probleme zu begreifen, die die Existenz der SPD für Sowjetrußland und die deutschen Kommunisten aufwarf.

Die Kriterien, die für die bolschewistische Beurteilung der SPD maßgebend wurden, waren nicht erst unter dem Eindruck der deutschen Novemberrevolution formuliert worden. Schon in der Vorkriegszeit hatten die Bolschewiki enttäuschende Erfahrungen gesammelt. Namentlich die Beobachtung, daß die SPD den Revisionismus nicht aus der Partei vertrieb, hatte bei Lenin und seinen Anhängern von jeher Unverständnis und kritische Bedenken ausgelöst[24]. Verstimmend hatte auch gewirkt, daß der deutsche Parteivorstand in den russischen Flügelkämpfen den Menschewiki mit größerem Verständnis begegnet war als der von Lenin geführten Fraktion. Von Axelrod, Martov und Dan hatten führende deutsche Genossen gelernt, daß Lenin nicht eigentlich ein Marxist, sondern ein marxistisch verkleideter Verschwörer sei. Auch Rosa Luxemburg, die den Bolschewiki in der Abwehr der Revisionisten nahestand, hatte durch ihre scharfe Kritik an Lenins Parteitheorie

---

[23] Neuere sowjetische Beiträge: M. S. Orlova, Uroki nemeckogo oktjabrja, Očerk razvitija nemeckoj marksistskoj istoriografii revoljucionnogo krizisa 1923 goda v Germanii, Moskau 1965; dies., Revoljucionnyj krizis 1923 g. v Germanii i politika Kommunističeskoj partii, Moskau 1973.

[24] Über die deutsch-russischen Parteibeziehungen vor 1903: Dietrich Geyer, Lenin in der russischen Sozialdemokratie, Köln, Graz 1962.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

solche Vorstellungen gefördert[25]. Tatsächlich war vor 1914 das bolschewistische Verhältnis auch zu den deutschen Linken keineswegs herzlich. Im Disput mit Kautsky – um die „Niederwerfungs-" oder „Ermattungsstrategie" – hatte Rosa Luxemburg die Bolschewiki nicht auf ihrer Seite gesehen[26]; die Parteinahme, die Lenin seit 1911 im Fraktionsstreit der polnischen Sozialdemokratie (SDKPiL) erkennen ließ, hatte die persönlichen Beziehungen zum Erliegen gebracht[27]. Erst im Kampf gegen den imperialistischen Krieg kamen Bolschewiki und deutsche Linke einander wieder nahe.

Dieser Erfahrungshintergrund hat nicht allein die antibolschewistischen Begriffe präformiert, mit denen die Mehrheitssozialdemokraten seit 1918 die Ergebnisse der Oktoberrevolution kritisierten und die junge KPD als einen deutschen Ableger Moskaus bekämpften. Auch in Rosa Luxemburgs bekannte Kritik von 1918 gingen – bei grundsätzlicher Anerkennung der Oktoberrevolution – Anschauungen ein, die sie in den Vorkriegsjahren von den Bolschewiki gewonnen hatte[28]. Nicht zuletzt aber hatte Lenin ältere Zweifel an der Prinzipientreue der deutschen Sozialdemokraten bestätigt gefunden, als er unter dem Eindruck des 4. August 1914 den Bruch mit der SPD öffentlich vollzog.

Die Grundlegung seiner Imperialismustheorie und die Formulierung weltrevolutionärer Perspektiven zeigten an, daß Lenin die bolschewistische Position im imperialistischen Krieg in schärfster Absage an den von Kautsky repräsentierten Marxismus des deutschen Parteizentrums bestimmte. Die SPD oder doch ihre „sozialchauvinistischen" und „opportunistischen" Führer wurden für den Zusammenbruch der Internationale verantwortlich gemacht, für den Tatbestand, daß die europäischen Arbeiter jetzt dem Weltimperialismus als Kanonenfutter zu dienen hatten. Lenin zufolge war dieser „abgrundtiefe Verrat" auf den Einfluß einer korrumpierten „Arbeiteraristokratie" zurückzuführen, die an den Ausbeutungsgewinnen der imperialistischen Monopole partizipiere und für den proletarischen Klassenkampf untauglich geworden sei.

Daß Lenin seine Angriffe vor allem gegen Karl Kautsky lenkte, der sich 1917 der USPD anschloß, hatte einen besonderen Grund: Lenin klagte den Theoretiker Kautsky an, den offenbar gewordenen Bankrott der alten Sozialdemokratie mit seiner Autorität zu decken und zu verschleiern, daß sich das Proletariat allein durch den Bürgerkrieg gegen den Imperialismus retten könne, daß für wahre Marxisten

---

[25] Dietrich Geyer, Die russische Parteispaltung im Urteil der deutschen Sozialdemokratie, in: International Review of Social History 3 (1958), S. 195 ff., 418 ff.; Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903 bis 1920, Berlin (West) 1967.

[26] Vgl. Dieter Groh, Negative Integration und revolutionärer Attentismus, Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M., 1973, S. 156 ff.

[27] Georg W. Strobel, Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD, Der polnische „europäische" Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie, Wiesbaden 1974, S. 401 ff.

[28] Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, Eine kritische Würdigung, Aus dem Nachlaß hrsg. und eingeleitet von Paul Levi, Berlin 1922; dazu: Adolf Warski, Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution, Hamburg 1922; Clara Zetkin, Um Rosa Luxemburgs Stellung zur russischen Revolution, Hamburg 1922.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht die Wiederherstellung der „versumpften" Zweiten Internationale auf der Tagesordnung stehe, sondern eine Praxis internationaler Revolutionierung. Dieses entschiedene Plädoyer für eine revolutionäre „Dritte Internationale" mag auch erklären, weshalb Lenin den „Sozialpazifismus" der deutschen Unabhängigen für nicht weniger verhängnisvoll hielt als den „Sozialchauvinismus" der Mehrheitssozialdemokraten. Sein Vertrauen galt den vom Krieg getroffenen Massen und jenen deutschen Genossen, die, wie Karl Liebknecht, sich dazu bekannten, daß der revolutionäre Aufstand die einzige angemessene Antwort sei, die das Proletariat den Herrschenden zu erteilen habe[29].

Die deutsche Parteimehrheit hatte bis 1917 die Bolschewiki nur insoweit ernst genommen, als diese die Revolutionierung Rußlands versprachen und auf das Ausscheiden Rußlands aus dem Kriege hoffen ließen. Noch im Augenblick der Oktoberrevolution wurden die Bolschewiki als „Friedenspartei" begrüßt[30]. Im übrigen aber war von den Mehrheitssozialdemokraten keine Solidarität mit Sowjetrußland zu erwarten. Nach der gewaltsamen Auflösung der Allrussischen Konstituante im Januar 1918 wurde die bolschewistische Diktatur nahezu einhellig als Putschismus, Minderheitenherrschaft und anarchistischer Terrorismus gebrandmarkt, als eine „asiatische" Perversion der sozialistischen Demokratie; proletarische Diktatur in einem zurückgebliebenen Agrarland werde mit sozialdemokratischen Grundsätzen niemals zu versöhnen sein. Für den Antibolschewismus der MSPD, der alsbald zu einer neuen Integrationsideologie ausgebildet wurde, hat namentlich Karl Kautsky, unterstützt durch seine menschewistischen Freunde, die bleibenden Formulierungen geliefert[31]. Dem bolschewistischen Regime wurde die historische Existenzberechtigung abgesprochen; es erschien als Verstoß gegen die ehernen Gesetze der Geschichte, weil dem rückständigen Rußland für einen demokratischen Sozialismus die nötige Reife fehle.

Die sozialdemokratische Bolschewismuskritik, ihre Erstarrung in den 1918/19 geprägten Formeln, ist von Peter Lösche eingehend untersucht worden. Auch die bekannten Repliken Lenins und Trockijs können hier übergangen werden[32]. Es genügt, darauf zu verweisen, daß die Bolschewiki ihr Urteil über die Mehrheitssozialdemokratie durch die Ereignisse im Winter 1918/19 vollauf gerechtfertigt sahen. Vollends nach der Niederschlagung des Spartakusaufstands und der Ermordung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' war an Kooperation

---

[29] Vgl. Arnold Reisberg, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1970), S. 153 ff.; ders., Lenin und die Zimmerwalder Bewegung, Berlin (Ost) 1966; Ju. G. Temkin, Lenin i meždunarodnaja socialdemokratija 1914–1917 gg. Moskau 1968. Dazu das Dokumentenwerk: Die Zimmerwalder Bewegung, Protokolle und Korrespondenz, hrsg. von Horst Lademacher, Den Haag, Paris 1967, 2 Bände.

[30] Peter Lösche (Anm. 25), S. 103 ff.

[31] Karl Kautsky, Demokratie oder Diktatur, Berlin 1918; ders. Terrorismus und Kommunismus, Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919; ders., Von der Demokratie zur Staatssklaverei, Eine Auseinandersetzung mit Trotzky, Berlin 1921 u. a.

[32] Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: Werke Bd. 28, S. 225 ff.; L. Trockij, Terrorizm i kommunizm, in: Sočinenija, XII, Moskau-Leningrad 1926, S. 7 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht mehr zu denken. Ebert, Scheidemann und Noske wurde vorgeworfen, als „bürgerliche Henker und Schlächter der Berliner Kommunarden" zu amtieren, als Büttel der Konterrevolution[33].

Während zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Kommunisten unversöhnliche Feindschaft herrschte, hatten sich die Bolschewiki auf die USPD in anderer Weise eingestellt. Es zeigte sich, daß der linke Flügel der Unabhängigen dem Rätegedanken applaudierte und Anstalten machte, den Kontakt mit der Komintern zu suchen. Für die Moskauer Führung kam es darauf an, die revolutionär gesonnene Anhängerschaft der USPD von ihren opportunistischen Führern zu trennen und sie für den Kampf um die proletarische Diktatur zu gewinnen. Die berühmten 21 Aufnahmebedingungen der Komintern wirkten als Hebel zur Spaltung dieser heterogenen Massenpartei. Das Ergebnis dieser Strategie, die unter unmittelbarer Beteiligung Lenins, Zinov'evs und Radeks entwickelt worden war, wurde nach den Moskauer Verhandlungen vom Sommer 1920 schließlich auf dem Parteitag in Halle eingebracht. Die Erosion der USPD ermöglichte die Erweiterung der KPD zur „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands" (VKPD); sie sah in den „Zentristen" um Kautsky und Hilferding fortan ihre schärfsten Gegner[34].

Die Bemühungen der Bolschewiki, das revolutionäre Potential der deutschen Arbeiterbewegung für die Kommunistische Internationale zu mobilisieren, zielten auf die Korrektur der Novemberrevolution. Dabei kam ihnen das hohe Ansehen zugute, das sie bei jenen proletarischen Kräften genossen, denen die Traditionsparteien der Zweiten Internationale in der Bürgerkriegssituation von 1919/20 keine glaubwürdige Orientierung boten. Nach wie vor ging die Moskauer Parteiführung von der Überzeugung aus, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine fundamentale Voraussetzung der proletarischen Revolution in Deutschland sei. Und da diese „bürgerliche Arbeiterpartei" sich als stabilisierende Kraft des Weimarer Staates erwies, galt diese Kampfansage zugleich der jungen deutschen Republik.

Die Bolschewiki konnten im Frühjahr 1919 nicht ernstlich damit rechnen, daß die in die Illegalität gedrängte und dezimierte KPD imstande wäre, die erwarteten Massenkämpfe zu organisieren und aufs Niveau einer proletarischen Revolution zu bringen. Die deutschen Kommunisten vertraten nur eine kleine Minderheit der

---

[33] G. Zinov'ev, Neue Grausamkeiten der deutschen „sozialdemokratischen" Regierung (1. 4. 1919), in: Manifeste, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses, Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß, Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1920, S. 79 f.

[34] Zur Geschichte der USPD siehe Robert F. Wheeler, Die „21 Bedingungen" und die Spaltung der USPD im Herbst 1920, in dieser Zeitschrift 23 (1975), S. 117–154; ders., USPD und Internationale, Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Berlin 1975; Hartfrid Krause, USPD, Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a. M. 1975. Forschungsbeiträge aus der DDR: Horst Naumann, Die USPD und die Kommunistische Internationale, in: Zs. f. Geschichtswiss. 19 (1971), S. 1034 ff.; ders., Die Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD, ebenda, S. 1367 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Arbeiterklasse[35]. Die KPD war auch noch keine bolschewistische Kaderorganisation. Sozialdemokratische, syndikalistische und anarchistische Tendenzen wirkten ein und ließen mit der Abspaltung der „Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (KAPD) die Partei fast aus den Fugen gehen[36]. Dieser Lage entsprach es, daß nicht die KPD, sondern daß bolschewistische Parteiführer über die Bedingungen entschieden, unter denen die „Vereinigte Kommunistische Partei" im Spätherbst 1920 schließlich zustande kam. Es ging darum, den diffusen deutschen Kommunismus nach bolschewistischen Maximen zu formen und seiner „Kinderkrankheiten" Herr zu werden. Auch die schwere Zerreißprobe, in die die VKPD nach dem Fehlschlag der sogenannten „Märzaktion" hineingeriet, konnte im Sommer 1921 nur durch das Eingreifen führender russischer Genossen leidlich überstanden werden. Der gegen den Widerspruch prominenter deutscher Genossen vollzogene Ausschluß Paul Levis, der die „Offensivtaktik" der Parteimehrheit als „Putschismus" öffentlich verworfen hatte, hätte sich ohne Lenins Zutun schwerlich durchhalten lassen. Die „ultraradikalen" Linken, die sich in der KAPD gesammelt und die Märzaktion mitgetragen hatten, wurden aus der Komintern verdrängt[37].

Die führende Rolle der Bolschewiki im Entstehungsprozeß der deutschen Kommunistischen Partei steht außer Zweifel. In der Folgezeit wurde diese Position vor allem durch den Komintern-Apparat abgestützt, wo die russischen Genossen dominierten. Bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen RKP (b) und KPD wird freilich oft übersehen, daß die bolschewistische Vorrangstellung keineswegs erzwungen werden mußte, sondern sich sozusagen „aus dem Leben selbst" ergab, aus dem natürlichen Übergewicht und der unbestrittenen Autorität der russischen Partei und ihrer Führerpersönlichkeiten[38]. Die Existenz der KPD ist ohne die Existenz und den Modellcharakter des bolschewistischen Rußland nicht vorstellbar.

Seit 1921 begann sich indessen zu zeigen, daß es, um deutscher Kommunist zu sein, nicht genügte, gegenüber der Sowjetrepublik unverbrüchliche Loyalität und

[35] Zur Entstehungsgeschichte: Der Gründungsparteitag der KPD, Protokoll und Materialien, hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt a. M. 1969; vgl. Protokoll des Gründungsparteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands, IML beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1970. Über den Forschungsstand zur Geschichte der KPD informiert H. Weber in einer umfangreichen Einleitung zu Ossip Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Auflage Frankfurt a. M. 1969, S. 5 ff. – Zu den Auffassungen der DDR-Forschung: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, 1966; Heinz Wohlgemuth, Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914–1918, Überblick, Berlin (Ost) 1968.

[36] Zur Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD): Hans-Manfred Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim 1969. – Das Sonderproblem des deutschen „Nationalbolschewismus" muß hier übergangen werden, vgl. aber Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.

[37] Zur „Märzaktion" 1921: Werner T. Angress (Anm. 22), S. 139 ff.; dazu: Paul Levi, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. und eingeleitet von Charlotte Beradt, Frankfurt a. M., Wien 1969.

[38] Vgl. die Ausführungen von Bucharin und Zinov'ev über die Stellung der RKP (b) in der Komintern, in: Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 17. 2. bis 15. 3. 1926, Hamburg 1926, S. 237, 496, 515 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kampfgenossenschaft zu bekennen, und jene Bedingungen zu akzeptieren, mit denen die Bolschewiki ihre eigenen Organisationserfahrungen und politischen Prinzipien zu internationalisieren suchten. Die Moskauer Richtlinien bedurften der richtigen Auslegung und was „richtig" war, war keineswegs immer leicht zu erkennen. Tatsächlich stellt sich die Geschichte der KPD in den zwanziger Jahren als ein permanenter und überaus komplizierter Prozeß der Anpassung an die bolschewistische Generallinie dar. Frühzeitig schon wurde für diese Anpassung der Begriff der „Bolschewisierung" benutzt, den der V. Kominternkongreß 1924 als Grundforderung an die ausländischen Sektionen weitergab[39].

Für die KPD, die sich als integraler Teil einer von bolschewistischen Normen bestimmten Weltpartei begriff, verbot sich der Gedanke, zwischen den Interessen Sowjetrußlands und den Interessen der proletarischen Revolution in Deutschland könnte je ein Gegensatz entstehen. Auch die Bolschewiki bekannten sich mit Selbstverständlichkeit zu dem Axiom der Interessenharmonie. Manchen deutschen Genossen ist es jedoch keineswegs leicht gefallen, das von den Bolschewiki buchstabierte „ABC des Kommunismus" auf die eigene Praxis anzuwenden. Das Maß der Schwierigkeiten zeigte sich zuerst dort, wo „demokratischer Zentralismus" und Parteidisziplin gefordert waren.

Daß in der jungen deutschen Partei in dieser Hinsicht, eigene Maßstäbe lebendig geblieben waren, hatte Clara Zetkin 1921 vor dem III. Weltkongreß der Komintern verdeutlicht. Bei der Verteidigung des geschaßten Paul Levi gab sie kund, worin sie sich von den russischen Genossen unterscheide: in der Überzeugung nämlich, „daß die Kritik an den Fehlern und Irrtümern der Partei nicht beschränkt werden darf auf die Parteiorganisation, auf die Parteiorgane; diese Kritik gehört hinaus in die breiteste Öffentlichkeit und vor die Massen selbst. Wir verstehen die andere Auffassung unserer russischen Freunde aus der Geschichte der Partei, aus der Situation in Rußland. Bei uns in Westeuropa liegen die Verhältnisse jedoch anders."[40] Hier wurden Überzeugungen dargetan, die aus der sozialdemokratischen Tradition des deutschen Kommunismus kamen, Begriffe in bezug auf die Freiheit der Kritik, auf das Recht von Minderheiten, die eigene Überzeugung öffentlich zu vertreten – ein von den Bolschewiki abweichendes Verständnis der Beziehungen zwischen Partei und Klasse und des Wesens der proletarischen Diktatur.

Obwohl Lenin dieses Erbe des „Luxemburgismus" gewiß nicht billigte, hatte er doch ein feines Gespür dafür, wie problematisch es sein mußte, ausländischen Genossen Grundsätze zuzumuten, die „fast ausgesprochen russisch" waren, in denen „alles aus der russischen Entwicklung übernommen" war. Komintern-Resolutionen vorzulegen, die „durch und durch von russischem Geist durchdrungen" seien,

---

[39] Vgl. Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, 17. 6. bis 8. 7. 1924, Verlag C. Hoym, Nachf. o. J., S. 106, 243, 284, 359, 363, 508, 1026 passim. Dazu Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 81 ff.

[40] Clara Zetkin in: Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Moskau 22. 6. bis 12. 7. 1921, Hamburg 1921, S. 603 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hielt er für einen „großen Fehler"; ein Ausländer werde sie – auch bei ausgezeichneter Übersetzung – weder verstehen noch erfüllen können[41].

Nach dem Ausscheiden Lenins aus der politischen Arbeit wurde bei der Übertragung bolschewistischer Erfahrungen auf die KPD und auf andere Kominternsektionen jedoch keineswegs mehr mit ähnlicher Behutsamkeit verfahren. Schon in der Zeit, in der Ruth Fischer für die deutsche Parteizentrale sprach, hatte sich die KPD daran gewöhnt, Meinungen andersdenkender Genossen nicht mehr zu respektieren, sondern sie als „parteifeindliche Abweichungen" auszuschalten. Es gehört zur Ironie dieser Anpassung an die Normen der russischen Bruderpartei, daß Ruth Fischer, die 1924 am entschiedensten gefordert hatte, „aus der deutschen Partei eine einheitliche, geschlossene bolschewistische Partei zu machen", wenig später an den Folgen eben dieser Bolschewisierung scheitern sollte[42].

Orientierung und Anpassung an die von den Bolschewiki formulierten Grundsätze und Interessen waren seit 1921 für die deutschen Kommunisten (wie auch für andere Kominternsektionen) nicht nur in Fragen der Parteidisziplin und des Organisationsaufbaus aktuell geworden. Schon in den Konflikten um die fehlgeschlagene deutsche „Offensivtaktik", die den III. Weltkongreß beherrschten, hatte sich angedeutet, daß der Moskauer Führung in ungleich weitergehendem Sinn an der Anerkennung neuer Prioritäten gelegen war. Diesem Verlangen lag zugrunde, daß die bolschewistische Parteispitze zur Zeit der Märzaktion eine einschneidende Neuorientierung ihrer Generallinie eingeleitet hatte: die Ablösung der kriegskommunistischen Praxis durch die „Neue Ökonomische Politik" (NÖP), durch einen Kurs zur Überwindung der akuten Krise, in die Sowjetrußland nach Ende des Bürgerkriegs geraten war[43]. Die zerrüttete Volkswirtschaft, die katastrophale Ernährungslage und gefährliche Arbeiterstreiks und Aufstände hatten um die Stabilität der Parteiherrschaft fürchten lassen. Fortan sollte das feste Bündnis mit der russischen Bauernschaft den wirtschaftlichen Wiederaufbau möglich machen und die Festigung und Weiterentwicklung der proletarischen Diktatur in Rußland sichern. Damit verbunden war eine partielle Regeneration kapitalistischer Elemente im agrarischen und gewerblichen Bereich und in den Austauschbeziehungen zwischen Dorf und Stadt, zwischen staatlicher Industrie und privat-bäuerlicher Produktion. Hinzu kam die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Staaten, 1922 schließlich entfaltete sich jene in Genua und Rapallo angebahnte Politik, die mit der „zeitweiligen Parallelexistenz" (Čičerin) zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu rechnen vorgab[44]. Gerechtfertigt wurde dieser „Tribut" an das Kapital mit

---

[41] Lenin, Referat auf dem IV. Kominternkongreß (15. 11. 1922), in: Werke Bd. 33, S. 416 f.

[42] Ruth Fischer, in: Fünfter Kongreß (Anm. 39), S. 209.

[43] Zur innersowjetischen Problemlage neuerdings: Heiko Haumann, Beginn der Planwirtschaft, Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands 1917–1921, Düsseldorf 1974; Gert Meyer, Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, Köln 1974.

[44] Vgl. Wolfgang Eichwede in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1, hrsg. von

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem – wie man hoffte – kurzzeitigen Abflauen der revolutionären Welle und mit der Verlangsamung des krisenhaften Zersetzungsprozesses in der kapitalistischen Welt.

Die Anpassung der Komintern an die Bedingungen der „Atempause" war noch im Lauf des Jahres 1921 in Angriff genommen und auf dem IV. Kongreß im November 1922 beglaubigt worden. Wichtig war den Russen in dieser Zeit des Umdenkens, die Bruderparteien von der Notwendigkeit der russischen NÖP zu überzeugen und der Kritik entgegenzutreten, die dieser „zeitweilige Rückzug" nicht nur im Milieu der Sozialdemokratie, sondern auch in kommunistischen Gruppen geweckt hatte[45]. Dabei begnügten sich die bolschewistischen Sprecher nicht damit, die NÖP als innerrussische Angelegenheit darzustellen und sie mit der Rückständigkeit und Zerrüttung des Sowjetlandes zu begründen. Bucharin, der mit August Thalheimer zusammen seit 1922 ein Komintern-Programm entwarf, legte Wert darauf, die NÖP als „einzige, richtige, reale Wirtschaftspolitik des siegreichen Proletariats" anerkannt zu sehen[46]. Wie der bolschewistische Kriegskommunismus für die Phase revolutionärer Bürgerkriege als internationales Muster gelten sollte, wurde auch der NÖP „allgemeine Bedeutung" zugesprochen – für alle Länder, die nach dem Sieg des Proletariats den Übergang zum Sozialismus zu vollziehen hätten. In der NÖP sollten mithin nicht spezifisch russische, sondern allgemeine Gesetzmäßigkeiten der „Transformationsperiode" zum Ausdruck kommen.

Unmittelbarer als von solchen theoretischen Rechtfertigungsversuchen wurde die KPD von der sowjetischen Außenpolitik berührt, in Sonderheit von der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene. So unzweifelhaft es war, daß die KPD sich aus Solidarität zu Sowjetrußland dazu bekannte, die Moskauer Politik gegenüber der deutschen Reichsregierung nicht nur zu tolerieren, sondern zu unterstützen, so wenig vorhersehbar blieb, welche Konsequenzen sich aus der Kooperation zwischen den Regierungen für die Kommunistische Partei ergeben mochten. In den von Bucharin auf dem IV. Weltkongreß eingebrachten Grundsätzen zur Landesverteidigung wurden die deutschen Genossen mit den neuen Perspektiven vertraut gemacht: Der proletarische Staat, so hieß es, müsse „nicht nur von dem Proletariat dieses Landes, sondern von den Proleta-

---

Dietrich Geyer, Köln, Wien 1972, S. 150 ff.; ders., Revolution und internationale Politik (Anm. 22), S. 132 ff.

45 Bezeichnend für die sozialdemokratische Kritik ist das von Otto Wels gehaltene Referat des Parteivorstands vor dem Augsburger Parteitag: Sowjetrußland gehe vom „Bolschewismus über den Kannibalismus zum Kapitalismus" zurück. Vgl. Protokoll über die sozialdemokratischen Parteitage in Augsburg, Gera und Nürnberg, Berlin 1923, S. 58 ff., nach Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914–1945, Tübingen 1959, S. 59; ferner: Heinrich Cunow, Der Bankrott des Bolschewismus, in: Die Neue Zeit 39 I (1921), S. 73 ff.

46 Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd – Moskau 5. 11. bis 5. 12. 1922, Hamburg 1923, S. 416 ff. (Bucharin), 438 (Thalheimer); Der Fünfte Kongreß (Anm. 39), S. 524 (Bucharin), 575 f. (Thalheimer).

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

riern aller Länder verteidigt" werden; Sowjetrußland behalte sich vor, selbst „ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie" zu schließen, „um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern": „Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen."[47]

Nicht weniger rückhaltlos beanspruchte Bucharin für den Sowjetstaat das „Recht auf die Rote Intervention": „Im Kommunistischen Manifest stand, daß das Proletariat die ganze Welt erobern soll. Nun, das . . . muß man mit Bajonetten und Flinten tun. Und deswegen ist die Verbreitung des Systems, auf dem die Rote Armee basiert, eine Verbreitung des Sozialismus, der proletarischen Macht, der Revolution."[48] Es versteht sich, daß diese programmatischen Feststellungen für die KPD in der Rapallo-Ära besondere Bedeutung haben mußten. Ihnen wurde schon deshalb nicht widersprochen, weil – abgesehen von einigen sektiererischen Gruppen – damals kein Kommunist in Zweifel zog, daß die sowjetische Außen- und Militärpolitik mit den Interessen des „Gesamtproletariats" identisch sei.

Bis zum Locarno-Vertrag und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde die Kooperation Moskaus mit Berlin von den Kommunisten auch durch ideologische Argumente erleichtert: Die deutsche Republik stand unter dem Diktat der imperialistischen Siegermächte; das deutsche Proletariat litt also nicht allein unter der Ausbeutung durch die eigene Bourgeoisie, sondern zugleich unter dem Joch des Versailler Systems, das das industriell hochentwickelte Land auf das Niveau einer Ausbeutungskolonie des Weltimperialismus zurückgeworfen hatte[49]. In dieser Situation könne, wie es hieß, selbst die deutsche Bourgeoisie „dem Ententekapital gegenüber eine revolutionierende, zersetzende Rolle" spielen, solange sie nicht der Versuchung nachgebe, „zum Kettenhund des internationalen Kapitals zu werden"[50]. Es war diese Sonderlage Deutschland, die den Rapallokurs der Sowjetregierung für die deutschen Kommunisten plausibel werden ließ. Im Reichstag sind denn auch die Sprecher der KPD stets mit großer Entschiedenheit für ein deutsch-sowjetisches Bündnis eingetreten: „Deutschlands Zukunft", so Clara Zetkin am 27. November 1925, „beruht auf einer engsten Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch in militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion"[51].

Man kann nicht sagen, daß es von Seiten der russischen Genossen großer Anstrengungen bedurft hätte, der KPD die Bündniswürdigkeit der deutschen Bour-

---

47 Bucharin, in: Protokoll des IV. Kongresses, S. 420.

48 Ebenda, S. 420 f.

49 Vgl. die Rede von Eugen Varga in: Der Fünfte Kongreß, S. 445 f.; dazu Wolfgang Eichwede, Revolution und internationale Politik (Anm. 22), S. 154 ff.; Helmut Grieser, Die Sowjetpresse über Deutschland in Europa 1922–1932, Stuttgart 1970, S. 90 ff.

50 Resolution des EKKI zu den taktischen Differenzen in der KPD, in: Bericht des EKKI, 15. 12. 1922 bis 15. 5. 1923, Moskau 1923, S. 73.

51 Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 383, S. 463 f.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geoisie gegenüber der Sowjetunion zu verdeutlichen. Ungleich komplizierter war es, in der KPD neue operative Leitlinien durchzusetzen, die der veränderten Lage entsprachen. Dabei ging es darum, die bisher praktizierte Offensivtaktik durch flexiblere Kampfesmethoden zu ersetzen oder doch zu ergänzen. Die im Dezember 1921 formulierte Politik der „proletarischen Einheitsfront" hat nicht der Einleitung neuer Offensiven zur Eroberung der Macht Vorrang gegeben, sondern der Abwehr der „Offensive des Kapitals"[52]. Die Einheitsfront war das internationale Pendant zur Neuen Ökonomischen Politik Sowjetrußlands, eine Art proletarisches „Narodničestvo", das auf die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse gerichtet blieb. Auf dem IV. Kominternkongreß sanktioniert, verlangte die Komintern-Exekutive eine Verstärkung der Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit und den Kampf um Aktionsbündnisse mit nichtkommunistischen Organisationen und Gruppen. Sie verlangte, zumal in Deutschland, ein beweglicheres Operieren gegenüber der Sozialdemokratie bis hin zur Agitation für die Bildung von „Arbeiterregierungen" und zu Verhandlungen mit den Spitzen der Sozialistischen Internationalen. Sie forderte ein Höchstmaß an Disziplin und taktischer Flexibilität[53].

Wie schwer es war, die KPD auf diesen Kurs zu bringen, zeigte sich alsbald. Auf eine Partei, die sich, wie die deutsche, aus Gruppierungen unterschiedlichsten Typs und abweichender Orientierung zusammensetzte, wirkten die Einheitsfrontdirektiven nicht als Integrationsfaktor, sondern als eine höchst konfliktträchtige Anleitung zum Handeln. Wenig hilfreich waren die Versicherungen, daß Einheitsfront und Arbeiterregierung nicht etwa dem Opportunismus Auslauf bieten sollten, sondern als Voraussetzung für den zeitgerechten Übergang zu neuen revolutionären Offensiven und zum Bürgerkrieg aufzufassen seien. 1923, in einer unübersichtlichen Krisenphase der Weimarer Republik, wurde denn auch mit einer ganzen Skala taktischer Ansätze experimentiert. Dazu gehörten Ruhrkampf und „Schlageterkurs", das Werben um die kleinbürgerliche Basis des „deutschen Faschismus", schließlich Arbeiterregierungen in Koalition mit den „linken" Sozialdemokraten in Sachsen und Thüringen, gekoppelt an den in Moskau entworfenen Plan, aus diesem Bündnis in kurzem Anlauf die proletarische Revolution hervorgehen zu lassen[54].

Weder die Zentrale der KPD noch das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) waren den Anforderungen solcher großgeschnittenen Operationen gewachsen. Wer die Protokolle der EKKI-Sitzungen und des V. Weltkongresses studiert, kann sich leicht davon überzeugen, daß hinsichtlich der Praktikabilität der Einheitsfront-

[52] Leitsätze über die Einheitsfront (18. 12. 1921), in: Protokoll des IV. Kongresses, S. 1019 ff.

[53] Über die Taktik der Komintern, ebenda, S. 1007 ff. Vgl. Protokoll der internationalen Konferenz der drei Internationalen vom 2. bis 5. April 1922, Wien 1922.

[54] W. Eichwede, Revolution (Anm. 22), S. 38 ff.; W. T. Angress, S. 315 ff. Beiträge aus der DDR zum Ruhrkampf: Wolfgang Ruge, Die Stellungnahme der Sowjetunion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von Januar bis September 1923, Berlin (Ost) 1962; Heinz Köller, Kampfbündnis an der Seine, Ruhr und Spree, Der gemeinsame Kampf der KPF und KPD gegen die Ruhrbesetzung, Berlin (Ost) 1963.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politik mehr Verwirrung als Klarheit bestand[55]. Mit einer Korrektur der Richtlinien des IV. Kongresses war nach dem Fehlschlag des „deutschen Oktober" nichts getan; auch die Übernahme der deutschen Zentrale durch Ruth Fischer als Repräsentantin der „Linken" und der Versuch, die neue Führung durch Einbeziehung der sogenannten Mittelgruppe zu stabilisieren, erwiesen sich als kaum tragbare Notlösungen.

3. Zielsetzung und Praxis der Einheitsfrontpolitik

Das Interesse, das die russische Parteiführung in den Jahren 1924 bis 1928 der deutschen Arbeiterbewegung entgegenbrachte, schien in einer zentralen Zielsetzung aufzugehen: Alle Anstrengungen sollten sich darauf konzentrieren, der seit der Oktober-Niederlage von 1923 heftig umstrittenen Einheitsfrontpolitik zu neuer Glaubwürdigkeit zu verhelfen und diese Taktik in die politische Alltagspraxis der KPD umzusetzen. Wie schwer es war, die deutschen Genossen für einen Kurs zu gewinnen, der in Anknüpfung an die Beschlüsse von 1922 unter den Losungen „Aktionseinheit" und „Gewerkschaftseinheit" stand, zeigten die bis 1926 anhaltenden Auseinandersetzungen.

Die Schwierigkeiten und Probleme waren schon deshalb höchst komplexer Art, weil die Einheitsfrontpolitik die Einstellung der Kommunisten gegenüber der deutschen Sozialdemokratie notwendig berührte und zur Überprüfung der bisherigen Abgrenzungsstrategie Anlaß gab. Ohne eine solche Überprüfung war der „Kampf um die Massen" nicht erfolgreich zu führen. Dabei wurde der KPD keineswegs zugemutet, die Führungsschichten dieser „dritten bürgerlichen Partei" von dem Vorwurf freizusprechen, auf der anderen Seite der Barrikade zu stehen. Aber die Erfahrungen des deutschen Oktober hatten die alte Frontstellung so vertieft, daß an Aktionsbündnisse mit sozialdemokratischen Organisationen, gar mit den Spitzen der SPD oder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), nicht sogleich zu denken war.

Auch bei führenden Bolschewiki, wie bei Zinov'ev, war 1924 die Ansicht geläufig, daß die Sozialdemokratie „ein Flügel des Faschismus" sei, eine „offene Kampforganisation der Konterrevolution"[56]. Stalin urteilte im gleichen Sinn, wenn er schrieb, daß Faschismus und Sozialdemokratie nicht als „Antipoden", sondern als „Zwillingsbrüder" zu gelten hätten[57]. Zwar gab es zur Charakterisierung des Faschismus damals noch keine einheitliche kommunistische Definition; Hitler wie der mit der Roten Armee kooperierende General von Seeckt wurden gleichermaßen als „Faschisten" bezeichnet. Dennoch war offensichtlich, daß es Einheitsfront nur *gegen* die Sozialdemokratie geben dürfe, nur insoweit also, wie die Erwartung be-

---

55 Vgl. das in Anm. 21 genannte Material.

56 G. Zinov'ev, Rede v. 11. 1. 1924, in: Die Lehren der deutschen Ereignisse (Anm. 21), S. 69 ff.

57 Stalin, Zur internationalen Lage (September 1924), in: Werke Bd. 6, S. 255.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stand, den „konterrevolutionären" Führern der SPD, aber auch den „linken" Sozialdemokraten, die Massenbasis zu entziehen[58].

Indessen zeigte sich, daß die russischen Bolschewiki den Widerwillen gegen Kontakte und Spitzenvereinbarungen zwischen KPD und SPD ungleich rascher überwanden als die deutsche Zentrale. Auch das Faschismusverdikt gegen die Sozialdemokraten wurde seit Ende 1924 vorerst nicht mehr ins Zentrum der kommunistischen Agitation gerückt. Den Moskauer Empfehlungen, Einheitsfrontpolitik „von unten" und gegebenenfalls auch „von oben" zu praktizieren, lag eine neue Beurteilung der Lage in Deutschland und Europa zugrunde. Die ersten Ergebnisse des Dawesplans und der amerikanischen Kapitalinvestitionen bestätigten die von Eugen Varga gelieferten Analysen. Sie besagten, daß das kapitalistische System in eine Phase „relativer Stabilisierung" eingetreten sei, die von den Kommunisten neue Antworten verlange[59]. Auch die sowjetische Außenpolitik und Handelspolitik paßte sich 1924/25 dieser veränderten Lage an und legte Wert darauf, die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten zu intensivieren[60].

In der deutschen Partei dagegen stießen die Moskauer Appelle zunächst ebenso ins Leere wie die sowjetischen Kapitalismusanalysen, die seit Frühjahr 1925 auch im EKKI offiziell in Geltung kamen. Die von Stalin, Zinov'ev und Lozovskij ausgehenden Direktiven, „die Gewerkschaften zu erobern"[61], blieben dem Verdacht ausgesetzt, dem ins Abseits gedrängten „Brandlerismus" neuen Auftrieb zu geben und einer Rechtswendung Tür und Tor zu öffnen. Auch in der deutschen Zentrale, die sich unter Ruth Fischer als „linke" Führung begriff und zu den „ultralinken" Gruppen um Scholem und Rosenberg Fühlung hielt, begegnete die neue Linie passivem Widerstand, bisweilen auch offenem Widerspruch. Die „Ultralinken" unterstellten der Moskauer Führung, die KPD den „Staatsnotwendigkeiten" der Sowjetunion dienstbar zu machen und dabei in Kauf zu nehmen, daß die prinzipielle Grenzscheide zwischen Revolutionären und Opportunisten verlorengehe[62]. Auch Karl Korschs Warnungen vor dem „roten Imperialismus" nährten in manchen Parteiorganisationen den Argwohn gegenüber der Exekutive und wirkten mit einer zunehmend kritischen Beurteilung der „Neuen Ökonomischen Politik" zusammen. Derlei Stimmen wurden in Moskau als ungeheuerliche Diffamierung

---

58 Zur Faschismus-Diskussion in der Komintern vgl. W. Eichwede, Revolution, S. 91 ff.; dazu Heinz Brahm, Die bolschewistische Deutung des deutschen „Faschismus" in den Jahren 1923 bis 1928, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 12. 1964, S. 350 ff.

59 E. Varga, Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus, Hamburg 1924; ders., Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im IV. Vierteljahr 1924, in: Internationale Pressekorrespondenz V, Nr. 21 (5. 2. 1925), S. 269 ff.

60 W. Eichwede, in: Osteuropa-Handbuch (Anm. 44), S. 176 ff.; H. Grieser (Anm. 49), S. 85 ff.

61 Stalin, Brief an Me – rt (= A. Maslow), 28. 2. 1925, in: Werke Bd. 7, S. 36 ff.; dazu die Reden von Zinov'ev und Losovskij in: Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 21. 3. bis 6. 4. 1925, Protokoll, Hamburg 1925.

62 Zu den Flügelkämpfen in der KPD seit 1924: H. Weber (Anm. 39), Bd. 1, S. 53 ff.; dazu Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus" und „Stalinismus", Die „ultralinke" Opposition in der KPD, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 359 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

empfunden, als Disziplinlosigkeit und ultralinkes „Antimoskowitertum", als „Karikatur des Bolschewismus"[63].

Bei der Abwehr dieser Kritik hat sich die KPD-Führung in keiner vorteilhaften Lage befunden. Die von Gruppenkämpfen zerrissene Partei hatte 1924/25 wenig positive Bilanzen vorzuweisen. Der kommunistische Einfluß in der Arbeiterschaft war zurückgegangen. In zahlreichen Gewerkschaftsverbänden und Betriebsräten hatte die KPD alarmierende Einbußen erlitten. Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 war ihr Stimmenanteil von 12,6 Prozent (bei den Maiwahlen 1924) auf 9,0 Prozent gesunken, während die SPD 26,0 Prozent aller Stimmen auf sich gezogen hatte. Von den Folgen der „Stabilisierung" profitierten also nicht die Kommunisten, sondern die Sozialdemokraten. Die Taktik der KPD bei der Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1925 steigerte die Verärgerung der sowjetischen Parteiführer. Zinov'ev hatte der deutschen Zentrale vergeblich geraten, sich für den zweiten Wahlgang an die Sozialdemokratie zu wenden und „unter bestimmten Bedingungen" auf die Kandidatur Thälmanns zu verzichten, um die Wahl Hindenburgs zu verhindern[64].

Angesichts solcher Renitenz drang die Moskauer Komintern-Exekutive auf energische Konsequenzen. Ruth Fischers beflissene Anpassungsversuche weckten kein Vertrauen mehr. Auf der Tagung des Zentralausschusses der KPD im Mai und sodann auf dem X. Parteitag im Juli 1925 wurde die Offensive zunächst auf die „Ultralinken" konzentriert. Aber Ende August war auch die Ablösung der Fischer-Gruppe bereits voraussehbar; ein offener Brief des EKKI an alle Mitglieder der KPD hielt der bisherigen Führung ein detailliertes Sündenregister vor und mobilisierte die Parteibasis[65]. Dieser Prozeß energischer Einwirkung hat Ernst Thälmann, der sich in Moskau von großer Sympathie umgeben sah und die Unterstützung Stalins besaß, Ende 1925 den Vorsitz im Politbüro eingetragen. Die parteigeschichtliche Forschung in der DDR spricht in diesem Zusammenhang von der „Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung" in der KPD[66].

Der Kampf um die Schaffung eines „leninistischen ZK", das die Bolschewisierung der KPD vollenden sollte, schien auf der Tagung der Erweiterten Exekutive im Februar und März 1926 entschieden zu sein. Die neue Kaderpolitik und der organisatorische Umbau der Partei nach dem Zellenprinzip konnte in Angriff genommen werden. Für die Entfaltung der Einheitsfront waren die Hindernisse fortgeräumt. Stalins Zuspruch, „mit den verirrten, ins Lager der Sozialdemokratie verschlagenen Brüdern eine gemeinsame Sprache zu finden, ihnen zu helfen, aus dem

[63] Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitags der KPD (Sektion der Komm. Intern.), Berlin, 12.–17. 7. 1925, Berlin 1926, S. 173.

[64] Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD, Berlin 1925, S. 66 ff., vgl. H. Weber (Anm. 39), S. 106 ff.

[65] H. Weber, S. 120 ff.

[66] Hans-Joachim Fieber, Zur Bedeutung der Zentralausschußtagung der KPD vom 9. und 10. Mai 1925 für die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Führung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 15 (1967), S. 1212 ff.; vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 4, Berlin (Ost) 1966, S. 88 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Labyrinth des Sozialdemokratismus herauszukommen, ihnen den Übergang auf die Seite des Kommunismus zu erleichtern"[67], bestimmte die Praxis der Thälmann-Führung. Die von der KPD angestoßene Fürstenenteignungskampagne, der sich beim Volksbegehren und Volksentscheid im Frühjahr und Sommer 1926 die SPD und der ADGB anschlossen, konnte als erster großer Erfolg der Einheitsfrontpolitik gefeiert werden.

Es versteht sich, daß die Auseinandersetzungen, die zum Ausschluß der „Ultralinken" und der Fischer-Maslow-Gruppe führten, nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Da die deutsche Sektion nächst der russischen die wichtigste Säule der Kommunistischen Internationale war, hatte die Konsolidierung der KPD zugleich internationale Bedeutung. Hinzu kam, daß die von den deutschen Dissidenten vorgetragene Kritik an der Moskauer Führungsspitze mit jenen Konflikten zusammenwirkte, die in der russischen Partei damals ausgetragen wurden. Solche Querverbindungen hatte es schon 1923/24 gegeben, als eine von Trockij gestützte Gruppierung gegen den „Bürokratismus" des Parteiapparats auftrat und Radek die deutsche Zentrale unter Brandler vor dem russischen Parteikongreß verteidigte[68]. Damals waren die Spitzen der RKP (b) bestrebt geblieben, die innerrussischen Oppositionskämpfe vor dem Forum der Internationale nicht auszubreiten. Auf dem V. Weltkongreß hatte es Trockij vermieden, zu den Delegierten zu sprechen; Rykov, der die Parteimehrheit vertrat, hatte die strittigen Themen nur gestreift. Der Kongreß konnte sich damit begnügen, der russischen Partei rückhaltlose Solidarität zuzusagen[69]. Während die Führer der RKP (b) sich mit Selbstverständlichkeit der Schlichtung und Entscheidung nichtrussischer Parteifragen widmeten und nicht zuletzt in Interna der KPD immer wieder eingriffen, wünschten sie selbst von der Komintern nicht Mitsprache, sondern Akklamation[70].

Nachdem aber auch der Vorsitzende des Präsidiums des EKKI, Zinov'ev, oppositionelle Positionen bezogen hatte, ließ sich die „russische Frage" in der Internationale nicht länger verdrängen. Bereits in den Sitzungen der Erweiterten Exekutive im Frühjahr 1926 wurde unterstellt, daß die russische und die deutsche Opposition in gleicher Frontlinie stünden. Thälmann erklärte, die deutschen „Ultralinken" hätten „den Standpunkt der Leningrader Opposition" eingenommen und widersetzten sich den Beschlüssen des 14. Parteikongresses der RKP (b). Ruth Fischer wurde vorgehalten, im „Schmierenkomödiantenstil" das „demagogische Süppchen ihrer Fraktionsmachenschaften" am Feuer der russischen Parteidiskus-

[67] Stalin, Rede in der deutschen Kommission des VI. Erweiterten Plenums des EKKI (8. 3. 1926), Werke Bd. 8, S. 98 f.

[68] K. Radek, Rede vom 28. 5. 1924, in: Trinadcatyj s-ezd RKP (b) S. 332 ff. Vgl. dazu Robert V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln, Berlin 1962, S. 248 ff.

[69] Der Fünfte Kongreß (Anm. 39), S. 561 ff., 618 ff.

[70] Vgl. etwa das Verfahren im Zusammenhang mit dem Ausschluß von Brandler, Radek und Thalheimer aus der RKP (b): Erweitertes Plenum des EKKI 21. 3. – 6. 4. 1925, S. 312 ff., sowie das Referat Bucharins über den „Trotzkismus" (mit anschließender Diskussion), ebenda, S. 273 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sion zu wärmen und sich als „Lenin Westeuropas" aufzuspielen[71]. Die angegriffenen Genossen wiederum, von dem wortgewaltigen Italiener Bordiga unterstützt, forderten zu erfahren, was in der russischen Partei vor sich gehe: der „Stützpunkt des ganzen Systems", die „letzte Instanz" der kommunistischen Weltbewegung, ja die „Hegemonie der russischen Partei" seien nicht hinreichend stabil, wenn, wie geschehen, angesehene Bolschewiki bei der Auslegung des Leninismus konträre Positionen verträten[72]. Die Mehrheit der Exekutive respektierte jedoch den erklärten Wunsch der sowjetischen Genossen, die „russische Frage" nicht zu erörtern. Damit blieb die Abrechnung mit der Opposition in der RKP (b) der folgenden Tagung des Erweiterten Exekutive vorbehalten.

Im November und Dezember 1926 trat nur noch ein einziger deutscher Genosse aus Berlin-Wedding zugunsten der entmachteten russischen Führer auf, als Zinov'ev, Trockij und Kamenev die Plattform der „Vereinigten Opposition" verteidigten und die Lehrsätze Stalins über den „Aufbau des Sozialismus in einem einzelnen Lande" als sowjetische Variante der Monroe-Doktrin attackierten[73]. Stalin dagegen konnte, von Bucharin, Rykov, Manuil'skij und anderen assistiert, bei seinem ersten öffentlichen Debüt vor dem Forum der Komintern die Ovationen aller damals maßgebenden deutschen Genossen auf sich ziehen. Thälmann, Dengel, Neumann und Ernst Meyer versicherten, daß die deutsche Sektion „geschlossen hinter den Beschlüssen des 14. Parteitages, des Plenums des ZK und der 15. Parteikonferenz der russischen Bruderpartei" stehe. Übereinstimmung bestand auch darin, daß die RKP (b) nach wie vor als „Führerin der Komintern" zu gelten habe[74]. Das Ende der deutschen Opposition, die als „Förderer der Antisowjetstimmungen in Deutschland" abermals verurteilt wurde, ging also, wie sich zeigte, mit dem vorläufigen Ende der russischen Opposition einher. Die „antileninistischen, antibolschewistischen und antisowjetischen" Kräfte schienen aus der KPD und der RKP (b) gleichermaßen verbannt zu sein.

Für die deutsche Parteileitung hatte die Aufgabe, die Einheitsfrontpraxis voranzutreiben, inzwischen neue Dringlichkeit gewonnen. Im Jahr des deutschen Völkerbundbeitritts und des Berliner Vertrags sollte der „Kampf um die Massen" mit dem Kampf für die Verteidigung der UdSSR noch enger verbunden werden. Dabei wurde die Bedrohung des Sowjetlandes durch imperialistische Blockbildungen beschworen und gegen die wachsende Kriegsgefahr ebenso Front gemacht wie gegen die Politik der „Westorientierung", mit der Stresemann aus der in Rapallo besie-

[71] Erweiterte Exekutive der K. I., 17. 2. – 15. 3. 1926, Protokoll, Hamburg 1926, S. 195 (Thälmann), 247 (Zetkin), 118 (Zinov'ev).

[72] Vgl. die Reden von Max Engel (Berlin) und Amadeo Bordiga, ebenda, S. 105 ff., 138 ff.

[73] Erweiterte Exekutive der K. I., 22. 11. – 16. 12. 1926, Protokoll, Hamburg 1927, S. 243 ff., 618 ff. (Max Riese), 548 ff. (Zinov'ev), 580 ff. (Trockij), 677 ff. (Kamenev).

[74] Ebenda, S. 451 f., 534 ff. (Philipp Dengel), 655 ff. (Heinz Neumann), 693 ff. (Ernst Meyer), 728 ff. (Thälmann). – Eine stalinistische Position in bezug auf die Oppositionskämpfe vertritt die Arbeit von Alexander v. Plato, Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik, KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzkismus, Berlin (West) 1973.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelten deutsch-sowjetischen Interessengemeinschaft ausgebrochen sei. Daß die Haltung der KPD zu diesen Fragen auch im Grundsätzlichen neu zu definieren war, hatte Bucharin dargetan, als er im November 1926 eine vorläufige Bilanz der „relativen Stabilisierung" zog[75]. Demnach war künftig davon auszugehen, daß Deutschland, anders als zur Zeit der Ruhrbesetzung, seinen Charakter als Ausbeutungskolonie Frankreichs verloren habe und der deutsche Imperialismus wiedererstanden sei. Für die KPD, die 1922 auf die Zulässigkeit der „Vaterlandsverteidigung" hingewiesen worden war, hatte „in bezug auf den deutschen Imperialismus" fortan zu gelten, daß „der Grundsatz der Unzulässigkeit der Verteidigung dieses ‚Vaterlandes' durch die Arbeiterklasse" erneut in Kraft getreten sei[76]. Der von Thälmann geführte „Rote Frontkämpferbund" agitierte in diesem Sinn. Der Verteidigung würdig war allein die Sowjetunion, als wahres „Vaterland des internationalen Proletariats".

Mit dieser Neubewertung, die die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland unmittelbar berührte, wurde der Einheitsfrontpolitik der KPD zusätzliches Gewicht gegeben. Nach wie vor kam es darauf an, der antibolschewistischen Beeinflussung, der große Teile der deutschen Arbeiterschaft unterlagen, energisch entgegenzutreten. Dies schien umso dringlicher zu sein, als das ultralinke „Antimoskowitertum" den sozialdemokratischen Urteilen über Sowjetrußland zu neuer Bestätigung verholfen hatte. Dazu gehörte nicht nur das auf den Parteitagen der SPD immer wieder formulierte Verdikt, wonach hinter der internationalen Politik Moskaus in Wirklichkeit die nationalen Ziele der „Großmacht Rußland" stünden und der Bolschewismus im Grunde eine Metamorphose des Zarismus sei[77].

Als nicht weniger gefährlich wurde in Moskau empfunden, daß die sozialdemokratische Rußlandberichterstattung die sowjetische Wirtschaftspolitik in düsterstem Licht beschrieb. Die Kommentare, überwiegend von menschewistischen Emigranten verfaßt, hatten die NÖP von Beginn an als „Sackgasse" dargestellt, als Beleg dafür, daß das Experiment der proletarischen Diktatur gescheitert und Rußland auf dem Rückzug zum Kapitalismus sei. Das russische Proletariat werde infolgedessen nicht nur dem bolschewistischen Terrorregime ausgesetzt, sondern nunmehr auch den regenerierten kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen. Der Rückkehr zum Kapitalismus entspreche die Ausformung eines „bonapartistischen Systems", als dessen Exekutor Stalin gelten müsse. Mit Nachdruck wurde daran festgehalten, daß die voluntaristische Mißachtung sozialökonomischer Entwicklungsgesetze durch die Bolschewiki dem europäischen Proletariat keine glaubwürdige Alternative biete[78].

---

[75] Bucharin, Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern, ebenda S. 25 ff.

[76] Ebenda, S. 91 f.

[77] Vgl. Erich Matthias, Die Sozialdemokratie (Anm. 45), S. 71 ff.

[78] Zur sozialdemokratischen Rußlandkritik vgl. die Berichterstattung in: Die Gesellschaft 1/II, 1924, S. 177 ff. 2/I, 1925, S. 374 ff. 2/II, 1925, S. 523 ff. 3/I, 1926, S. 322 ff. 3/II, 1926, S. 421 ff.; auch Karl Kautsky, Die Internationale und Sowjetrußland, Berlin 1925.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wie bekannt, hatte die SPD ihr Programm der „Wirtschaftsdemokratie" dem Bolschewismus entgegengestellt. Rudolf Hilferding, der dieses Konzept seit 1925 verfocht, markierte damit das Entwicklungsziel der sozialen Demokratie in der Periode des „Organisierten Kapitalismus". Zweifellos hat auch die sozialdemokratische Sozialpolitik damals der SPD zu vermehrter Sicherheit und neuem Selbstbewußtsein verholfen[79]. Wie die Reichstagswahlen vom Mai 1928 zeigten, hatte das konkurrierende Angebot der KPD, den Kampf gegen das Kapital im Zeichen der Einheitsfront zu führen, die Position der SPD nicht zu mindern vermocht. Während der kommunistische Stimmenanteil im Vergleich zu 1924 nur geringfügig zunahm (von 9,0 auf 10,6%), war der Wähleranhang der SPD ungleich stärker gestiegen (von 26,0 auf 29,8%). Nach wie vor stand die überwiegende Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung im Lager der Gegner der KPD.

Diese Tatbestände erklären die unverminderte Aktualität der kommunistischen Massen- und Basisarbeit in den Jahren der „relativen Stabilisierung". Um eine breitenwirksame Konterstrategie bemühten sich nicht nur die Agitationskampagnen der deutschen Partei, sondern gleichermaßen auch entsprechende Initiativen von sowjetischer Seite. Einheitsfrontpolitik und Sympathiewerbung für Sowjetrußland rückten dabei immer enger zusammen. Eine der wichtigsten Unternehmungen dieser Art waren zwischen 1925 und 1928 die sogenannten „Arbeiterdelegationen". Die Programme dieser proletarischen Rußlandtouristik waren bis ins Detail darauf abgestimmt, der sozialdemokratischen und bürgerlichen Bolschewismuskritik den Boden zu entziehen[80].

Die deutschen Reisegruppen, in der Mehrzahl nichtkommunistische Arbeiter, wurden in Rußland keineswegs nur durch glänzende Kulissen geführt. Sie besuchten auch Gefängnisse und sprachen dort mit inhaftierten Menschewiki, Sozialrevolutionären und Anarchisten, deren Schicksal ihnen als Beweis für den bolschewistischen Terror gegen Klassengenossen geschildert worden war. Vor allem aber wurden sie mit dem Alltag russischer Arbeiter vertraut gemacht. Bei zahllosen Besichtigungen, Veranstaltungen und Begegnungen blieben die Gastgeber darum besorgt, den deutschen Besuchern die „Errungenschaften des russischen Proletariats" zu veranschaulichen. Dabei wurden fortbestehende Mängel und Schwierigkeiten nicht übersehen. Aber der Eindruck überwog, daß das proletarische Rußland auf gutem Wege sei: ein Land ohne Arbeitslosigkeit und Hunger, mit hochentwickelter Gesundheitsfürsorge und vorbildlichem Erziehungswesen, ein Land friedlicher Aufbauarbeit, das bemerkenswerte Erfolge für sich buchen konnte. Wie

---

[79] Vgl. Organisierter Kapitalismus, Voraussetzungen und Anfänge, hrsg. von Heinrich A. Winkler, Göttingen 1974, sowie Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928, Düsseldorf 1967.

[80] Das Folgende nach dem Material einer im Entstehen begriffenen Tübinger Dissertation von Edgar Lersch, Medien und Tendenzen der sowjetischen Selbstdarstellung in Deutschland, 1921–1928/29. Vgl. im übrigen Claus Remer, Die deutsche Arbeiterdelegation in der Sowjetunion, Die Bedeutung der Delegationsreisen in den Jahren 1925–1926, Berlin (Ost) 1963.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Berichte der Delegierten zeigen, hatten sie an der Stabilität und Entwicklungsfähigkeit des sowjetischen Arbeiterstaates keine Zweifel.

Mit den strukturellen Krisen der NÖP, den wesentlichen Problemen des sozialistischen Aufbaus in einem weithin noch agrarischen Land, wurden die Besucher indessen kaum vertraut gemacht[81]. Das russische Dorf lernten sie nicht kennen. Rykov, der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, schilderte ihnen die Perspektiven der Sowjetunion entsprechend der damals gültigen, 1929 dann als „Rechtsabweichung" diffamierten Selbstdarstellung: Im engen Bündnis zwischen dem Proletariat und der mittleren und kleinen Bauernschaft werde sich die Produktionsbasis der Industrie kontinuierlich erweitern und die Technik auf die Dörfer bringen lassen. Nicht durch Reallohneinbußen für die Arbeiter, durch gewaltsame „Sprünge" oder massive „Wertübertragungen" aus der Landwirtschaft werde dies geschehen, sondern durch die Eigenakkumulation der staatlichen Industrie und durch staatliche Förderung der bäuerlichen Produktion[82].

Bedenkt man das Ziel, das der Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften mit der Veranstaltung solcher „Pilgerfahrten" (Stalin) verfolgte, dann wird nicht zu leugnen sein, daß sich die Arbeiterdelegationen als ein wirksames Mittel der Sympathiewerbung erwiesen. Positiv wirkte, daß die Gastgeber plumpe Versuche vermieden, sozialdemokratisch orientierte Besucher sogleich zu Kommunisten machen zu wollen. Sie sollten „Freunde des neuen Rußland" werden, sie sollten lernen, ihren Feind nicht im Bolschewismus zu sehen, sondern im kapitalistischen Ausbeutungssystem ihrer Heimat, sie sollten für die „Arbeitereinheit" gewonnen werden über die Parteigrenzen hinweg. Wie der DDR-Historiker Claus Remer in einem materialreichen Buch gezeigt hat, wurde dem in Rußland angestoßenen Lernprozeß nicht selten dadurch nachgeholfen, daß die SPD die Teilnahme an solchen Reisen verbot und sozialdemokratische Teilnehmer aus ihren Reihen ausschloß[83].

An der propagandistischen Auswertung der Arbeiterdelegationen war den sowjetischen Veranstaltern begreiflicherweise viel gelegen. So wurde 1926 in Deutschland eine eigene Organisation, die Gruppe „Einheit" tätig, die mit einer gleichnamigen Zeitschrift, mit Broschüren und Leseabenden dem sozialdemokratischen Antibolschewismus entgegentrat[84]. In die gleiche Richtung wirkte auch die lebhafte Publikationstätigkeit der von Münzenberg geleiteten Internationalen Arbeiterhilfe[85]. Ähnliches galt für den am 10. Jahrestag des Roten Oktober in Moskau

---

[81] Nach dem Delegationsbericht: Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland? Berlin 1925.

[82] Rede A. I. Rykovs (gekürzt) in: Im Lande der roten Fahne, Bericht der zweiten Arbeiterdelegation über Rußland, Berlin 1926; der vollständige Text erschien als Broschüre u. d. T. Sozialistischer Aufbau oder Zusammenbruch? Berlin 1926.

[83] Claus Remer (Anm. 80), S. 174 ff.

[84] Die Zeitschrift „Die Einheit" erschien von 1926 bis Juni 1929.

[85] Zur Internationalen Arbeiterhilfe vgl. Babette Gross, Willi Münzenberg, Eine politische Biographie, Stuttgart 1967, S. 125 ff. Die Gründungsphase behandelt Hermann Müller, Die Bedeutung der Gründung der IAH im Jahre 1921 für die Entwicklung der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit Sowjetrußland, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 4 (1962), S. 642 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegründeten „Bund der Freunde der Sowjetunion", der sich in den folgenden Jahren – im Gleichklang mit sowjetischen Losungen – vor allem der Antikriegspropaganda annahm und mit seinen Organen nicht allein kommunistisches Publikum erreichte[86].

Überhaupt waren von der Einheitsfront in Deutschland kräftige Anstöße zur Aktivierung überparteilich angelegter Organisationen ausgegangen. Bis zum Ende der zwanziger Jahre entstand ein breit gefächertes, kommunistisch inspiriertes Verbandswesen, an dem die mit der Komintern assoziierten Institutionen, wie Fraueninternationale, Rote Gewerkschaftsinternationale, Kommunistische Jugendinternationale, Sportinternationale, Internationale Arbeiterhilfe u. a., großen Anteil hatten. Für die junge Generation bemühte sich der Kommunistische Jugendverband Deutschlands mit Kinderbund, Roter Jungfront und Jungspartakus um ein vielfältiges Angebot. Einrichtungen der Arbeiterhilfe und der Arbeiterbildung wurden aktiviert; populäre Arbeiterzeitungen, die dem Stil offizieller Parteiorgane nicht verpflichtet waren, suchten dem Informationsbedürfnis der Arbeiterschaft zu entsprechen; mit der Gründung des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller" und einer Vielzahl kultureller Veranstaltungen warb die kommunistische Einheitsfrontpolitik keineswegs erfolglos um Resonanz im Milieu der deutschen Intelligenz[87].

Blickt man auf die Jahre der Wirtschaftskrise voraus, auf eine Zeit wachsender sozialer Not, die vom Aufstieg des Nationalsozialismus und von der Agonie des Weimarer Parteienstaates gekennzeichnet war, dann wird man sagen können, daß die relativ flexible und erfindungsreiche Taktik der KPD in den Jahren 1925 bis 1927/28 günstige Voraussetzungen geschaffen hatte, um in Zeiten krisenhafter Erschütterung den „Kampf um die Massen" erfolgreich fortzuführen und das Sympathiepotential für die Sowjetunion in Deutschland zu vergrößern. Zur Abwehr einer „faschistischen Diktatur" in Deutschland reichten diese Operationsmethoden der KPD freilich nicht aus. Unbestritten ist vielmehr, daß dafür ein historischer Kompromiß zwischen der KPD und der deutschen Sozialdemokratie erforderlich gewesen wäre. Wie sich zeigte, war die KPD jedoch für eine solche Ausweitung der Einheitsfront nicht ausgerüstet. Und dies nicht deshalb nur, weil die Große Koalition unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller (Mai 1928 bis März 1930) einer Burgfriedenspolitik entgegenstand und die SPD sich sodann auf die Unterstützung Brünings einließ. Wichtiger wurde, daß der deutschen Komintern-Sektion im Frühjahr 1928 eine neue Generallinie auferlegt worden war. Sie verpflichtete die KPD dazu, in der Sozialdemokratie keinen potentiellen Verbündeten, sondern den „Hauptfeind" des revolutionären Proletariats zu sehen. Diese prinzipielle

---

[86] Der Kongreß der Freunde der Sowjetunion (10.–12. 12. 1927) in Moskau, Protokoll, Berlin 1928; ferner: Claus Remer, Der Bund der Freunde der Sowjetunion und seine Tätigkeit auf kulturellem Gebiet, in: Deutschland – Sowjetunion, Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit, Berlin (Ost) 1966, S. 117 ff.

[87] Edgar Weiss, Die sozialistischen deutschen Schriftsteller in ihrem Verhältnis zur sowjetischen Literaturentwicklung, 1917–1933, ebenda, S. 245 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Linie ist trotz mancher Wendungen im Tageskampf bis 1933 in Geltung geblieben. Die deutschen Kommunisten hatten sich daran zu halten, daß der Faschismus nicht zu schlagen sei, solange die „faschisierte" Sozialdemokratie nicht geschlagen wäre.

4. „Sozialfaschismus" und antifaschistischer Kampf

Die Frage nach den geschichtlichen Ursachen für das Scheitern eines antifaschistischen Aktionsbündnisses zwischen der KPD und der SPD ist ein großes Thema der historischen Forschung. Diese Frage ist indessen in unsere Erörterung nur insoweit einzubeziehen, als sich aus der Bindung der KPD an die Direktiven der Komintern und deren „führender Kraft", der sowjetischen Partei, eine besondere Mitwirkung und Mitverantwortung der Moskauer Führung für die kommunistische Politik in Deutschland ergab. Dabei versteht sich, daß die komplexe Problemlage hier nur in äußerster Verkürzung bezeichnet werden kann. Das soll durch den Hinweis auf einige historiographische Aspekte geschehen, die sich mit der Problemstellung verbinden.

Beachtung verdient, daß auch die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft sich nicht darauf beschränkt, die Verantwortung für die mangelnde Effektivität der Einheitsfrontpolitik ausschließlich dem renitenten Verhalten der SPD und der reformistischen Gewerkschaften zuzuschreiben. Vielmehr haben die sowjetischen Historiker und ihre Kollegen in der DDR Fehleinschätzungen und Fehlhaltungen benannt, die in der Politik der Kominternexekutive und der KPD-Führung zum Ausdruck kamen. Dabei wird im wesentlichen an die Kritik angeknüpft, die auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Sommer 1935 an den Entscheidungen der Jahre 1928 bis 1932 geübt worden ist[88]. Betrachtet man die wichtigsten Elemente dieser Kritik, so lassen sich folgende Faktoren nennen, die nach Meinung dieser Historiker einer antifaschistischen Einheitspolitik abträglich gewesen sind:

1. die undifferenzierte Zuordnung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zum Lager der Bourgeoisie, eine Deutung, die seit 1928 nicht nur die „rechten" Führer, sondern vor allem auch die „linken" Flügel der SPD zu Klassenfeinden des Proletariats erklärte und das Kooperationsverbot schließlich sogar auf die untersten Ebenen, auf die „kleinen Zörgiebels", bezog;
2. die Verwischung der Unterschiede in der Beurteilung der Sozialdemokratie und des Faschismus, manifestiert in einem verwaschenen Faschismusbegriff, der das Klischee des „Sozialfaschismus" zuließ, die Behauptung, daß die Entwicklung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften „ein ununterbrochener Evolutionsprozeß zum Faschismus" sei[89];

[88] Das Folgende nach: Die Kommunistische Internationale, Kurzer historischer Abriß, IML beim ZK der KPdSU, aus dem Russischen, Berlin (Ost) 1970, S. 324 ff., 355 ff.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin (Ost) 1966, S. 213 ff.

[89] XI. Plenum des EKKI (April 1931), Thesen und Resolutionen, S. 16, zit. nach Die Kommunistische Internationale, S. 577.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

3. die Verwischung der Unterschiede zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, zwischen den parlamentarischen Formen der Diktatur der Bourgeoisie und den offen faschistischen Formen dieser Diktatur – mit der Konsequenz, daß die tatsächlichen Gefahren einer nationalsozialistischen Machtergreifung unterschätzt worden seien;
4. die Überschätzung des Entwicklungstempos der revolutionären Krise in Deutschland, manifestiert in dem Verzicht, Zwischenziele zu formulieren und Forderungen zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten zu erheben; stattdessen habe man sich damit begnügt, der faschistischen Gefahr als einzige Alternative den Kampf um die proletarische Diktatur, um ein sozialistisches Sowjetdeutschland entgegenzusetzen;
5. die schädlichen Wirkungen einer von Neumann und Remmele repräsentierten „sektiererischen Abweichung" im Politbüro der KPD; diese Gruppe sei geneigt gewesen, den Faschismus als unmittelbare Vorstufe der proletarischen Revolution anzusehen und somit die Widerstandsfähigkeit des Großkapitals gröblich zu unterschätzen. In der DDR-Forschung wird hinzugefügt, daß diese Gruppe in bestimmten Situationen, etwa anläßlich des preußischen Volksentscheids, die Unterstützung Stalins und Molotovs gefunden habe[90].

Wie zu sehen ist, beschränkt sich diese Kritik darauf, Mängel in der Analyse der Krisenentwicklung in Deutschland festzustellen und Personengruppen zu benennen, denen besondere Verantwortung für die ungenügende Entfaltung der antifaschistischen Einheitsfrontpolitik zuzuschreiben sei. Wer die westliche Forschung zur Kenntnis nimmt, wird solche Erklärungen für wichtig, aber doch für unzureichend halten[91]. Um zu diesem Eindruck zu kommen, muß man sich keineswegs auf die These versteifen, Stalin habe aus „staatspolitischen" Gründen einen Sieg der Nationalsozialisten als das geringere Übel angesehen und deshalb dafür gesorgt, daß die KPD an den starren Kurs der Kominternexekutive gebunden blieb. Die Fragen, die ich abschließend formulieren möchte, gehen von einigen einfachen Beobachtungen und Überlegungen aus:

1. Eine wissenschaftlich zulängliche Untersuchung der kommunistischen Politik in Deutschland zwischen 1928 und 1932 kann nicht davon absehen, daß die KPD als integraler Teil einer Weltpartei agierte, deren führende Kraft die Kommunistische Partei der Sowjetunion gewesen ist. Seit 1925/26 war es, wie gezeigt,

---

90 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, S. 302.

91 Neuere westdeutsche Beiträge: Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale, 1929–1934, Berlin (West) 1970; Peer H. Lange, Stalinismus versus „Sozialfaschismus" und „Nationalfaschismus", Revolutionspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin, 1927–1935, Göppingen 1969; Siegfried Bahne, „Sozialfaschismus" in Deutschland, Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History 10 (1965), S. 56 ff.; ders., Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 655; Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ebenda, S. 101 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für ausländische Kominternsektionen üblich geworden, Beschlüssen sowjetischer Parteigremien die gleiche Verbindlichkeit zuzusprechen wie den Resolutionen des EKKI. So wurde die politische Linie der KPD, die die „rechte Gefahr" in der deutschen Arbeiterbewegung zur „Hauptgefahr" erklärte, in zweiseitigen sowjetisch-deutschen Verhandlungen festgelegt, in unmittelbarem Anschluß an das IX. Plenum des EKKI. Das entsprechende Dokument vom 29. Februar 1928 trägt neben den Unterschriften deutscher Parteiführer (Thälmann, Ewert, Remmele u. a.) die Namen von Stalin, Bucharin, Tomskij, Molotov, Losovskij, Mikojan und Pjatnickij[92]. Mithin ist die Verantwortung dieser sowjetischen Delegation für den neuen Kurs der KPD nicht zweifelhaft. Offizielle sowjetische Parteidokumente beweisen überdies, daß sich der Kampf gegen die „opportunistischen und versöhnlerischen Gruppen" in der KPD und in anderen Kominternsektionen noch im Lauf des Jahres 1928 mit dem Kampf gegen die „Rechte Abweichung" in der sowjetischen Partei verband, mit den Auseinandersetzungen also, die die von Stalin geführte Mehrheit mit Bucharin, Tomskij und Rykov seit Beginn der sowjetischen Getreidebeschaffungskrise austrug[93]. Bucharin wurde vorgeworfen, daß er, der für die Politik des EKKI verantwortlich sei, die Ausschaltung der deutschen „Opportunisten" und „Versöhnler" ebenso hintertreibe wie die Einleitung einer neuen Agrar- und Industriepolitik in der UdSSR. Das Plenum des sowjetischen ZK und der Zentralen Kontrollkommission verfügte am 23. April 1929 die Abberufung Bucharins als Sekretär des EKKI; auf dem X. Plenum des EKKI, das im Juli 1929 diese Entscheidung bestätigte, wurde dann jene Formel in Kraft gesetzt, derzufolge „eine besondere Form des Faschismus in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien der Sozialfaschismus" sei. In der sowjetischen Geschichtsschreibung wird diese Formel heute als Ausdruck einer „sektiererischen Tendenz" angesehen[94].

2. Der Kampf gegen die „rechte Abweichung" verweist nicht allein auf gruppen- und personenbezogene Querverbindungen, sondern zugleich auf den Zusammenhang zwischen der neuen Generallinie der deutschen Kominternsektion und der Politik der beschleunigten Industrialisierung in der UdSSR. Dieser Zusammenhang ergab sich u. a. daraus, daß die Steigerung des ökonomischen Entwicklungstempos im Zeichen des ersten Fünfjahresplans wie auch die Radikalisierung des Kampfes der KPD gegen den „Sozialfaschismus" (Sozialdemokratismus) auf einer gleichartigen Einschätzung der Krisenbewegung im kapitalistischen Weltsystem beruhten. Die sowjetische Analyse enthielt die Feststellung, daß die Periode relativer Stabilisierung zu Ende gehe und abgelöst werde von einer Periode krisenhafter Erschütterungen in der kapitalistischen Welt. Als

---

[92] Veröffentlicht von Hermann Weber in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 207 f.

[93] Vgl. die Resolutionen der sowjetischen Führungsgremien vom 9. Februar und 23. April 1929 in: Šestnadcataja konferencija VKP (b). Aprel' 1929 g. Stenografičeskij otčet. Moskau 1962, S. 740 ff., sowie die Darstellung von R. V. Daniels (Anm. 68), S. 373 ff.

[94] Die Kommunistische Internationale (Anm. 88), S. 350 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Merkmale der neuen Periode wurden namhaft gemacht: die zunehmende Aggressivität des imperialistischen Blocks, die wachsende Kriegs- und Interventionsgefahr und eine herannahende Welle revolutionärer Massenkämpfe[95]. Während die sowjetische Führung mit dieser Perspektive ihre Forderung legitimierte, daß die UdSSR in kürzester Frist zu einem mächtigen sozialistischen Industriestaat zu entwickeln sei, wurde die KPD (wie andere Kominternsektionen) dazu angehalten, die von der Krise erfaßten Massen im Kampf „Klasse gegen Klasse" an sich zu ziehen. Der Parole von der Liquidierung der „Kulaken als Klasse" entsprach in der KPD die Losung von der Zertrümmerung der SPD und der reformistischen Gewerkschaften; dem sowjetischen Appell, den Klassenkampf unter der Bauernschaft zu intensivieren und die Masse der Bauern in Kollektivwirtschaften zu überführen, entsprach die Aktivierung des Klassenkampfes gegen die Sozialdemokratie, gegen die „Stütze der Bourgeoisie" in der deutschen Arbeiterbewegung. Wie die Einheitsfronttaktik der KPD in den Jahren 1925 bis 1927/28 ein Äquivalent der sowjetischen NÖP gewesen ist, so war ihre Radikalisierung seit 1928/29 ein Äquivalent der sowjetischen Politik des beschleunigten industriellen Aufbaus. Diese Korrelation wurde durch das Axiom absoluter Interessenidentität zwischen der UdSSR und dem Weltproletariat vermittelt; für die Einheit der Leitung und der Zielbestimmung bürgte die Führungsrolle der sowjetischen Parteispitze.

3. Eine Untersuchung der kommunistischen Deutschlandpolitik wird nach den Folgen zu fragen haben, die sich aus der beschriebenen Verknüpfung mit der sowjetischen Fünfjahresplanperiode ergaben. Über die kritische Beurteilung hinaus, die sich in der sowjetischen Geschichtswissenschaft dazu findet, läßt sich sagen, daß die Bindung an die in Moskau entwickelte Globalstrategie der Flexibilität der KPD-Politik nicht zuträglich war. Eine Revision der kommunistischen Taktik in Deutschland, etwa in Richtung auf die Verteidigung parlamentarischer Institutionen und bürgerlich-demokratischer Freiheiten, hätte eine einschneidende Neuorientierung der Kominternlinie vorausgesetzt. Dafür wäre der Konsensus der Moskauer Führung schon deshalb unerläßlich gewesen, weil eine solche Schwenkung zugleich die sowjetische Innen- und Außenpolitik betroffen hätte. Nur archivalisches Material, das der Forschung bisher verschlossen geblieben ist, könnte über diese Zusammenhänge genauere Auskunft geben. Im einzelnen wären folgende Annahmen zu prüfen, die das starre Festhalten an dem „linken", bisweilen auch „sektiererischen" Kurs der deutschen Kominternsektion erklären könnten:

a) Es ist nicht auszuschließen, daß eine relative Führungsschwäche in den Spit-

---

[95] Vgl. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, Moskau 17. 7. bis 1. 9. 1928. Bd. 1: Die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern, Der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr, Hamburg 1928, S. 26 ff.; zur innersowjetischen Funktion der Antikriegskampagnen: Dietrich Geyer, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik I, Köln-Wien 1972, S. 50 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zengremien des EKKI in Anschlag gebracht werden muß, sie mag bedingt gewesen sein durch die starke Inanspruchnahme der entscheidungsfähigen sowjetischen Parteiführer mit Aufgaben, die die krisenhafte Umwälzung in der UdSSR damals stellte. Das gedruckte Material läßt nicht erkennen, in welchem Umfang das Moskauer Politbüro damals imstande war, sich mit der Lage der KPD intensiv zu befassen. Von sowjetischen Kominternfunktionären wie Manuil'skij, Kuusinen, Knorin u. a. konnten die Führer der KPD offensichtlich nicht mehr erwarten als die Bestätigung der 1928/29 fixierten Generallinie, allenfalls die Zustimmung zu begrenzten Modifikationen, die die Substanz der Generallinie aber nicht berührten[96]. Auch die Haltung der sowjetischen Führung gegenüber der Gruppe Remmele und Neumann bedarf der exakten Aufklärung.

b) Es ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Führung den Kurs der Kominternsektionen deshalb nicht meinte revidieren zu sollen, weil sie für diesen Fall neue Flügelkämpfe befürchtete. Die antisozialdemokratische Frontstellung hatte sich, zumal in der KPD, als eine integrative Kraft erwiesen; sie abzubauen hätte die Geschlossenheit der Partei gefährden können[97]. Schließlich mochte auch die Sorge eine Rolle spielen, daß der beträchtliche Zustrom von Erwerbslosen zur KPD, der seit 1930 die soziale Struktur der Partei veränderte, bei einem Burgfrieden mit der SPD wieder versiegen könnte.

c) Es ist nicht auszuschließen, daß die sowjetische Parteispitze der Auffassung war, auf einen Burgfrieden mit der Sozialdemokratie nicht drängen zu sollen, weil (1.) ein solcher Versuch angesichts der Haltung der SPD tatsächlich wenig Erfolg versprach, weil (2.) die Verbreiterung der kommunistischen Massenbasis unter den Bedingungen der ökonomischen und politischen Krise ohnedies gute Fortschritte machte, und weil man (3.) womöglich annahm, daß eine Machtübernahme durch Hitler die SPD härter treffen werde als die kommunistische Partei, daß die KPD mithin als einzige Alternative zum Faschismus handlungsfähig bleiben werde.

4. Eine genauere Untersuchung der hier erörterten Probleme wird nicht zuletzt auch der Frage nachzugehen haben, inwieweit die sowjetische Einschätzung der deutschen Krise durch außenpolitische Faktoren mitbestimmt worden ist. Wie bekannt, hatte die sowjetische Diplomatie in der Periode des ersten Fünfjahresplans ihre Bemühungen verstärkt, die UdSSR gegen denkbare internationale Verwicklungen abzuschirmen[98]. Durch die japanische Aggression in der Mandschurei war dieses Sicherheitsproblem besonders aktuell geworden. Insofern

---

[96] Dazu vor allem die Untersuchung von Thomas Weingartner (Anm. 91), S. 49 ff.

[97] Vgl. H. Weber, Die Wandlung (Anm. 39), S. 251 ff. Zu den Splittergruppen zwischen KPD und SPD: K. H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO), Meisenheim 1964; Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim 1965.

[98] Zur sowjetischen Sicherheitspolitik: Osteuropa-Handbuch (Anm. 95), S. 213 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatten namentlich die 1932 unterzeichneten Nichtangriffsverträge mit Polen und Frankreich eine wichtige Funktion bei der Erfüllung der ökonomischen Planziele. Ebenso deutlich ist, daß die verstärkte Agitation gegen die Kriegsgefahr, die auch die Aktionen der KPD bestimmte, in den Zusammenhang dieser sowjetischen Sicherheitspolitik gehört. Daß die deutsche Sozialdemokratie dabei als eine Kraft bezeichnet wurde, die imperialistische Interventionspläne gegen die UdSSR unterstützte, mag als eine absurde Diffamierung erscheinen. Indessen muß man sehen, daß die SPD, indem sie für einen Ausgleich mit Frankreich eintrat, sowjetischen Interessen entgegenwirkte. Nach kommunistischer Auffassung half die Sozialdemokratie jene Widersprüche im imperialistischen Lager zu mildern, auf deren Ausnutzung die sowjetische Außenpolitik erklärtermaßen beruhte. Hitler als radikaler Revisionist ließ dagegen einen politischen Dauerkonflikt zwischen Paris und Berlin erwarten, so daß man in Moskau versucht sein konnte, das nationalsozialistische Programm der Ostexpansion nicht für aktuell zu halten. Dieser Eindruck mochte mit der generellen Neigung zusammenwirken, den Nationalsozialismus zu unterschätzen und in dieser Bewegung lediglich das Produkt eines krisenhaften Zerfallsprozesses zu sehen.

5. Sowjetische Historiker haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland unzulässige Analogieschlüsse nahelegten; diese hätten im Licht der Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1923 dazu geführt, die Intensität und das Entwicklungstempo der Krise zu überschätzen[99]. Indessen gibt es keine Hinweise darauf, daß man in Moskau, anders als 1919 oder 1923, der Auffassung gewesen wäre, Deutschland befinde sich am Vorabend eines neuen Oktober. Die Ausschaltung der Gruppe Neumann-Remmele und das Fehlen jeglicher Vorbereitungen für einen bewaffneten Aufstand sprechen nicht dafür, daß die KPD-Führung in den Jahren 1931/32 die proletarische Revolution als Nahziel begriffen hätte. Hinter den kommunistischen Aufrufen zum Generalstreik anläßlich des preußischen Staatsstreichs verbarg sich kein Sofortprogramm der Machteroberung. Insofern kann die kommunistische Deutschland-Politik der Jahre 1929 bis 1932 als Ausdruck eines revolutionären Attentismus erscheinen. Diese Haltung hatte sich in der Zeit der NÖP ausgebildet und bestimmte zumal in der ersten Fünfjahresplanperiode das internationale Verhalten der UdSSR. Anders als 1918 bis 1923 wurde die Weimarer Republik im Stadium ihres Zerfalls nicht als Zentrum für revolutionäre Offensiven angesehen, sondern als einer von vielen Schauplätzen des internationalen Klassenkampfes. Die Zukunftsperspektiven dieses Kampfes aber blieben an die wachsende Macht des Sowjetstaates verwiesen, an das „Bollwerk der internationalen Revolution", das zu stärken die Kommunisten aller Länder sich verpflichtet hatten.

[99] Die Kommunistische Internationale (Anm. 88), S. 375 ff.

Jahrgang 24 (1976), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1976_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte